



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend



Entwicklung und Chancen
junger Menschen
in sozialen Brennpunkten

Der spezifische Bildungsauftrag von Jugendhilfe bei der Arbeit mit benachteiligten jungen Menschen in Quartieren mit besonderem Entwicklungsbedarf

Dokumentation zur Veranstaltung
vom 27. Juni 2003 in Erfurt

Stiftung SPI

Impressum

Herausgeber:
Regiestelle E&C der Stiftung SPI
Sozialpädagogisches Institut Berlin
„Walter May“
Nazarethkirchstraße 51
13347 Berlin
Telefon 030.45 7986-0
Telefax 030.45 7986-50
Internet www.eundc.de
eMail regiestelle@eundc.de

Ansprechpartner für die E&C-Standorte Ost:
Rainer Schwarz
Andreas Hemme

Ansprechpartner für die Fachkonferenz Ost:
Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V.
Landesbüro Thüringen / Sachsen-Anhalt
Thomas-Mann-Straße 13a
07743 Jena
Telefon 03641.42 18-47
Telefax 03641.42 18-49
eMail ISS.Jena@t-online.de

Inhalt:

- 4 **Vorbemerkung**
- 5 Prof. Dr. Mechthild Wolff
Der außerschulische Bildungsauftrag der Jugendhilfe - Formen sozialen Lernens im öffentlichen Raum
- 11 Michael Backhaus, Workshop 1
Strategien der Kompetenzvermittlung bei benachteiligten Jugendlichen
- 15 Sarah Ulbig, Jan Buruck, Workshop 2
Aktion Zivilcourage Pirna – eine Jugendinitiative gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit
- 21 Gianna Hennig, Workshop 3
Keimzeit – ein soziales Kompetenztraining für Jugendliche
- 25 Jan Zychlinsky
Soziale Stadt stärken - Die Bundesarbeitsgemeinschaft Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit
- 27 Prof. Dr. Helmut Lukas
Der Bildungsauftrag der Kinder- und Jugendhilfe in der Jugendhilfeplanung - regionale Strategien zur Umsetzung außerschulischer Bildungsarbeit für Benachteiligte auf der Grundlage integrierter Planungsansätze
- 33 **Programmverlauf**
- 34 **Liste der Teilnehmerinnen und Teilnehmer**

Vorbemerkung

Auf der fünften Fachkonferenz der Region Ost in Erfurt kamen etwa 55 TeilnehmerInnen und ReferentInnen zusammen, um sich über die Bedeutung und die Möglichkeiten einer außerschulischen Bildungsarbeit, insbesondere für benachteiligte Kinder und Jugendliche zu informieren und zu diskutieren.

Der Verlauf der Veranstaltung ist auf den folgenden Seiten dokumentiert:

- In ihrem Einführungsvortrag ging Prof. Dr. Mechthild Wolff (FH Landshut) auf den außerschulischen Bildungsauftrag der Jugendhilfe ein. Unter dem Titel „Formen sozialen Lernens im öffentlichen Raum“ näherte sie sich dem Thema in drei Schritten: Zunächst ging sie der Frage nach, welchen Stellenwert die Kinder- und Jugendhilfe aktuell überhaupt in der Bildungsinfrastruktur in Deutschland einnimmt. Im zweiten Schritt erörterte Frau Prof. Wolff die zentralen Diskussionslinien, die seit Anfang der 90er Jahre von der Suche nach alternativen Modellen der Betreuung und Begleitung von Kindern und Jugendlichen geprägt war und zeigte Möglichkeiten auf, wie die wesentlichen Erkenntnisse daraus heute auf die Frage neuer Bildungsstrukturen im Gemeinwesen angewendet werden können. Am Schluss des Beitrags stellte die Referentin thesenartig Vorschläge zur Diskussion, wie die Systeme Erziehung und Bildung mehr miteinander verzahnt werden könnten.
 - Unter der Überschrift „Von der Schule in den Beruf - Vom Quartier in die Welt und zurück?“ beschrieb und bewertete Michael Backhaus (Jugendberufshilfe Thüringen e.V.) Strategien der Kompetenzvermittlung bei benachteiligten Jugendlichen im Rahmen berufsvorbereitender Maßnahmen in Thüringen. Dabei wurde deutlich, um welch schwieriges Arbeitsfeld es sich hierbei vor dem Hintergrund der aktuellen arbeitsmarktpolitischen Reformen handelt. Aus den bisherigen Erfahrungen leitete er am Ende fünf Handlungsempfehlungen ab, die für Jugendhilfeakteure Ausgangspunkt systematischen und zielorientierten Handelns in den E&C-Gebieten sein könnten.
 - „Bildungsanregungen im öffentlichen Raum“ wurden durch ein jugendorientiertes außerschulisches Bildungsprojekt vorgestellt. Sarah Ulbig und Jan Buruck (Aktion Zivilcourage) gaben einen Einblick in die Arbeit ihrer Jugendinitiative gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in Pirna und Umgebung. Die zahlreichen Aktivitäten und Projekte, die die Initiative seit 1999 gestartet hat, vermittelten auf anschauliche Weise zahlreiche Beispiele, in denen Bildungsanregungen für junge Menschen im öffentlichen Raum geschaffen werden können und die sich in der Praxis bewährt haben.
 - Peergroups wahrnehmen und einbeziehen - Beteiligung der „Schwierigen“: Gianna Hennig (Drudel 11 e.V.) erläuterte anhand des Projektes „Keimzeit“ Inhalte, Methoden und erste praktische Erfahrungen eines Job-Trainings für Jugendliche, das in Kooperation von Schule und Schulsozialarbeit in Jena angeboten wird.
 - Im November 2002 hat sich die Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit gegründet. Jan Zychlinski (Quartiersmanagement Grünau, Leipzig) stellte die Ziele der Arbeitsgemeinschaft vor.
 - Die Dokumentation endet mit dem Beitrag von Prof. Dr. Helmut Lukas (FH Erfurt), der auf regionale Strategien zur Umsetzung außerschulischer Bildungsarbeit für Benachteiligte auf der Grundlage integrierter Planungsansätze einging.
- Neben der inhaltlichen Arbeit und Diskussion zum Thema ist es durch die Fachkonferenz gelungen, gleichermaßen eine Plattform zum Austausch der Akteure wie auch einen konstruktiv-kritischen Diskurs über die Bildungschancen benachteiligter junger Menschen vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklungen zu initiieren.

Der außerschulische Bildungsauftrag der Jugendhilfe - Formen sozialen Lernens im öffentlichen Raum

Einführung

Ein möglicher Zugang zu dem gestellten Thema könnte darin bestehen, den Bildungsbegriff in der Bildungstheorie auszuloten, von dem eine moderne Jugendhilfe getragen ist oder besser: getragen sein sollte. Ich könnte länger ausführen, warum ein verengtes Verständnis von Bildung als bloßer Erwerb von formalen Qualifikationen in den klassischen Bildungseinrichtungen wie der Schule, mit dem Ziel, den Einzelnen leistungs- und durchsetzungsfähig für den harten Konkurrenzkampf auf dem Arbeitsmarkt zu machen, längst überholt zu sein scheint (vgl. dazu Sting 2002, S. 377 ff.). Ein solch verengtes Konzept wird den Menschen und den Anforderungen, die in der Wissens- und Arbeitsgesellschaft an ihn gestellt werden, nicht mehr gerecht. Fähigkeiten wie Toleranz, Gruppenfähigkeit, Empathie, die in sozialen Lernprozessen z.B. in der Peergroup erworben werden - gerade jenseits institutionalisierter Zusammenhänge - scheinen gefragter denn je. Wissen ist eben nicht alles!

Danach könnte ich aufzeigen, was ein erweitertes Bildungsverständnis ausmacht:

- Bildung als Stärkung und Entfaltung von Persönlichkeit in einem lebenslangen Lernprozess,
- als Prozess der Selbstbildung, der auf die Selbstbestimmung des Individuums ausgerichtet ist,
- als Erwerb von Handlungskompetenzen jenseits von formalem Wissen, wie z.B. durch soziales Lernen.

Ein solches erweitertes Bildungsverständnis kommt unserem Arbeitsfeld viel näher, zumal gerade die Arbeit in und mit Gruppen ein wesentlicher Bestandteil der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen ist.

Unter der Überschrift könnte ich auch näher auf Unterscheidungen zwischen Bildungsprozessen eingehen: unterschieden wird zwischen:

- **formeller Bildung**, dies umfasst Bildungsprozesse, die Kindern und Jugendlichen in unserem Ausbildungssystem im Verlauf ihrer Biografie zuteil wird;

- **nicht-formeller Bildung**, womit all die Angebote gemeint sind, die organisiert, aber freiwillig von Kindern in Anspruch genommen werden;
- **informeller Bildungsprozesse**, die sich als ungeplante und nicht-intendierte Bildungsprozesse im Alltag von Familien, Nachbarschaft, Arbeit und Freizeit ergeben.

An diese hilfreiche Differenzierung, die in einer Streitschrift des Bundesjugendkuratoriums vorgenommen wurde, hat Richard Münchmeier erst jüngst in einem Schwerpunktheft der Zeitschrift Forum Erziehungshilfen zum Thema „Jugendhilfe und Bildung“ unter der Teilüberschrift „Bildung ist mehr als Schulbildung“ erinnert (vgl. Münchmeier 2003, S. 70).

Diese Aspekte auszuführen, bringt hier und heute keine neuen Erkenntnisse. Ich möchte stattdessen in folgenden drei Schritten vorgehen:

Schritt 1 → Die bildungspolitische Diskussion scheint in der Kinder- und Jugendhilfe angekommen zu sein. Ich möchte darum die grundsätzliche Frage stellen, warum wir derzeit verstärkter über das Thema Bildung diskutieren oder besser: diskutieren müssen. Es geht in diesem ersten Punkt darum, welchen Part die Kinder- und Jugendhilfe in der Bildungsinfrastruktur heute überhaupt einnimmt.

Schritt 2 → Danach werde ich fragen, was die zentralen Diskussionsstränge in der Diskussion um die Flexibilisierung von Kinder- und Jugendhilfe waren und was wir daraus für die derzeitige neue Debatte lernen können. Ich werde dabei die These vertreten, dass wir hier wesentliche Erkenntnisse gewonnen haben, die auf die Frage neuer Bildungsstrukturen im Gemeinwesen angewendet werden können.

Schritt 3 → Abschließend möchte ich einige Argumente und Fragen thesenartig aufwerfen, die sich aufdrängen, wenn es künftig um eine kooperative und integrative Form von Bildung und Erziehung im Gemeinwesen gehen soll.

„Bildung ist mehr als Schule“ -

Kinder- und Jugendhilfe als Teil der Bildungsinfrastruktur

Die Ergebnisse der PISA-Studie der OECD haben nicht nur die Qualität von Bildung im deutschen Bildungssystem in Frage gestellt, sondern auch erneut die Frage des Verhältnisses von Erziehung und Bildung aufgeworfen. In der Streitschrift des Bundesjugendkuratoriums wurde bereits im Jahr 2002 für ein neues Verhältnis von Bildung und Jugendhilfe geworben (vgl. Bundesjugendkuratorium 2002) und damit deutlich gemacht, dass Bildung in der modernen Gesellschaft nicht nur von Schule aus zu denken ist. Bildungsprozesse und alltägliche Lernformen, so das Bundesjugendkuratorium, lassen sich nicht auf formelles Lernen in der Schule beschränken, sie sind gleichermaßen Bestandteil von Kinder- und Jugendhilfe und finden hier informell – geplant oder nicht geplant – statt. Geht es in der Schule zwangsläufig darum, einen Selektionsprozess zu betreiben, d.h. gute SchülerInnen und weniger gute SchülerInnen herauszufiltern und sie in Bildungsgänge zu überführen, um ihnen angemessene Zukunftschancen und einen damit verbundenen gesellschaftlichen Status zu sichern, so ist der Auftrag und das Selbstverständnis der Kinder- und Jugendhilfe anders gelagert.

Die Kinder- und Jugendhilfe hat zwei Seiten einer Medaille zu erfüllen: vielfach hat sie mit den Folgen der sozialen Selektion zu tun, sie ist auch darin gefordert, fehlgelaufene Versuche der sozialen Partizipation von Kindern und Jugendlichen zu kompensieren.

Mit anderen Worten: Kindern und Jugendlichen, die aus dem formalen Bildungssystem herausfallen, die dem Leistungsdruck nicht gewachsen sind, die nicht über eine ausreichende familiäre Rückendeckung verfügen, gilt es über individuelle Hilfesettings den Rücken zu stärken und ihnen die bestmöglichen Chancen zu eröffnen.

Kinder- und Jugendhilfe hat es darum mit den Biografien von Kindern zu tun, hier stehen die Subjekte mit ihren Ressourcen, aber auch die fehlgelaufenen Weichenstellungen in den Biografien im Vordergrund. Was hat die Jugendhilfe hier anzubieten: Sie bietet Beziehungen in einem professionellen Sinne an, um Hilfe zur Lebensbewältigung zu leisten. Sie ist dabei aber kein Auffangbecken für Herausgefallene und auch kein Reparaturbetrieb – auf diese kompensatorische Funktion, die Kinder wieder fit zu machen,

wird das Arbeitsfeld ja unrechtmäßig allzu gern reduziert.

Auf der anderen Seite der Medaille steht die normalisierende Funktion der Kinder- und Jugendhilfe, denn sie ist eine Sozialisationsinstanz neben anderen, sie übernimmt gestaltende Funktion im öffentlichen Raum und übernimmt seit jeher in diesem Rahmen informelle Bildungsaufgaben. Bildung wird in der Sozialpädagogik jedoch verstanden als die Hilfe und Unterstützung beim Erwerb von Lebenskompetenzen und bei der Herausbildung von Persönlichkeit, d.h. Kinder und Jugendliche sollen besser befähigt werden, ihr Leben in die eigene Hand zu nehmen. Diesen Beitrag, den Kinder- und Jugendhilfe als außerschulische Erziehungs- und Bildungsinstanz leistet, herauszustreichen und als obsoleten Bestandteil jeglicher Hilfe zur Lebensbewältigung auszuweisen, wie es das Bundesjugendkuratorium getan hat, ist heute von bildungspolitischer Brisanz. Im Zuge der Diskussion um die Ganztagschule drohen nämlich diese Kompetenzen nicht erkannt zu werden und hier scheint offenbar auch ein Versuch vorzuliegen, die beiden Instanzen Schule und Jugendhilfe als nicht gleichwertige Partner anzusehen. Wer meint, die Ganztagschule könnte die Leistungen erbringen oder gar die Kinder- und Jugendhilfe ersetzen, erkennt deren Ressourcen und Kompetenzen nicht an.

Um es noch deutlicher zu machen: Beide Instanzen, Schule und Jugendhilfe, gehen von unterschiedlichen Aufträgen aus, die möglicherweise auch das oftmals mitunter schwierige Verhältnis zwischen Jugendhilfe und Schule begründen. Selektion steht der Hilfe zur Lebensbewältigung gegenüber, aber beide Systeme kommen nicht ohne das andere aus. So kommt es nicht von ungefähr, dass die Leipziger Thesen des Bundesjugendkuratoriums, der Sachverständigenkommission für den Elften Kinder- und Jugendbericht und der Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe zur aktuellen bildungspolitischen Debatte unter dem Titel „Bildung ist mehr als Schule“ auf die dringende Notwendigkeit der Zusammenarbeit aller Bildungsorte und eine verstärkte Vernetzung von Kinder- und Jugendhilfe mit anderen Bildungseinrichtungen hinweisen (vgl. Bundesjugendkuratorium 2002). Die lange beschworene bessere Vernetzung zwischen Kinder- und Jugendhilfe mit Schulen bekommt damit eine neue Bedeutung, denn es geht auch um die Positionsbestimmung von Kinder- und Jugendhilfe in der gesamten Bildungsinfrastruktur.

Mechthild Seithe rief in diesem Zusammenhang zu Folgendem auf: „Jugendhilfe müsste die Vorstellung von ihrer reinen Kompensationsrolle mit Blick auf schulische Erfahrungen der betreffenden Kinder aufgeben. Sie sollte sich verstehen als Partnerin, die die Alpträume nicht vergessen machen will, sondern sie mit den Kindern aktiv und einfühlsam bearbeitet und in Kooperation mit Schule aktiv Hilfestellung leistet, damit die fehlenden Grundvoraussetzungen nachgeholt werden können. Dies ist nicht über die bloße Hausaufgabenhilfe oder Nachhilfe zu erreichen, sondern über eine gezielte Nachsozialisation in elementaren kognitiven und sozialen Kompetenzen. Diese Nachsozialisation sollte mit Ziel und Thema der Hilfeplanung sein und die Schule explizit mit ins Boot holen“ (Seithe 2002, S. 9).

Die Herausforderungen bestehen somit in neuen Formen einer Kooperation sowie im Sichtbarmachen von Bildungspotenzialen, aber auch in der Weiterentwicklung von Bildungskonzepten in den Arbeitsfeldern der Kinder- und Jugendhilfe. Konkrete neue Strukturen und Formen der Zusammenarbeit vorzustellen und Bildung als Querschnittsaufgabe aller Erziehungs- und Bildungsinstitutionen zu begreifen, werden daher im Vordergrund dieser Veranstaltung stehen.

In meinem nächsten Schritt möchte ich aufzeigen, um welche Fragen die Diskussion um die Flexiblen und Integrierten Hilfen in den letzten Jahren gekreist ist und was wir daraus eigentlich heute lernen können.

Zur Integration von Erziehung und sozialem Lernen

Die Perspektiverweiterung durch die Flexibilisierung von Jugendhilfe

In den letzten Jahren wurde die Diskussion in der Jugendhilfe von der Suche nach alternativen Modellen der Betreuung und Begleitung von Kindern und Jugendlichen geprägt. Man war von der Erkenntnis geleitet, dass die herkömmliche Auseinanderdividierung von Kindern mit ihren Problemlagen und die Zuschreibung von Kindern in bestimmten Hilfesettings an ihre Grenzen gekommen war. Seit Anfang der 90er Jahre kreist die Debatte in der Jugendhilfe um eine Reorganisation von Jugendhilfestrukturen.

Worum ging es den ProtagonistInnen der Integrierten Hilfen?

Sie wollten vornehmlich dem hochgerüsteten und hochspezialisierten Apparat der Erziehungshilfen Einhalt gebieten. Die Diskussionsstränge, die in diesem Zusammenhang verfolgt wurden, waren folgende:

■ **Lernende Organisationen statt Versäulungen**

Ein wesentliches Argument der Flexiblen und Integrierten Hilfen richtete sich gegen „pragmatische Ideologien“ (vgl. Klatetzki 1993). Klatetzki zeichnete nach, wie sich in versäulten und spezialisierten Organisationen Deutungs- und Handlungsmuster entwickelten, die Professionelle dazu verleiteten, den Bedarf von den Organisationen und weniger von den Betroffenen aus zu definieren. Kritisiert wurde, dass sich die Hilfen für Kinder und Jugendliche an den Institutionslogiken und dem kommunalpolitisch angenommenen Bedarf ausrichteten. Mit einem neuen Verständnis für soziale Situationen sollten Wege eröffnet werden, Handlungsstrategien flexibler und Organisationen lernfähiger zu gestalten.

■ **Bedürfnisorientierung statt Organisationslogiken**

Erkannt wurde, dass sich die verschiedenen sozialpädagogischen Hilfen, die Kinder, Jugendliche und ihre Familien in Problemsituationen in Anspruch nehmen können, so stark spezialisiert hätten, dass sie dem biografischen Eigensinn und den Bedürfnislagen vieler KlientInnen nicht mehr gerecht würden. Die Skepsis richtete sich demnach auf den Umstand, dass die Unterteilung in verschiedene Hilfeformen (§§ 27 ff. SGB VIII) zu einer Versäulung beigetragen habe und die Fachkräfte nicht mehr flexibel auf die individuellen Lebenssituationen und Bedürfnisse reagieren könnten (vgl. Klatetzki 1995).

■ **Konstanz pädagogischer Prozesse statt Verschiebungen**

In der Diskussion wurde des Weiteren die fehlende Konstanz in den Settings bemängelt. Bereits bekannte empirische Erkenntnisse darüber, dass professionelle Hilfe für die mitunter widersprüchlichen und eigenwilligen Bedürfnislagen vieler KlientInnen oft in Verschiebepraktiken und Beziehungsabbrüchen münden (vgl. Freigang 1986), wurden als Begründung für die Umorganisation sozialer Hilfen für Kinder, Jugendliche und ihre Familien angeführt.

■ **Systemübergreifende Kooperation im Gemeinwesen statt Spezialisierung**

Diskutiert, aber wenig ausgebaut und mit praktischen Erkenntnissen unterfüttert, wurden Modelle einer System übergreifenden Kooperation, d.h. wo in einem Gemeinwesen Gesundheits-, Stadtentwicklungs- und Jugendamt gemeinsam an einem Strang ziehen. Im Rahmen des Bund-Länder-Programms „Soziale Stadt“ gibt es hier mittlerweile viele gute Beispiele, aber insgesamt bleibt die Jugendhilfe offenbar nach wie vor gern in ihren eigenen Reihen und reagiert nur, wenn große Programme den Weg dazu weisen.

Ich möchte hier pointieren: Die Integrierten und Flexiblen Hilfen haben auf die Notwendigkeit hingewiesen, die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen zu stärken. Offenkundig wurde, dass man sich diesen nur durch eine Öffnung in den Sozialraum nähern könne. Eine Schlussfolgerung, die daraus gezogen wurde, war die Notwendigkeit einer breiteren Vernetzung und Kooperation zu anderen professionellen und nicht-professionellen Instanzen im Gemeinwesen, die für Kinder und Jugendliche bedeutsam sind. Eine weitere Schlussfolgerung bestand in der Einsicht, dass die Jugendhilfe allein keine Gewähr für die im § 1 des Jugendhilfegesetzes geforderte Verbesserung von Lebensbedingungen leisten könne. Nur eine sozialräumliche Verantwortung der Professionellen und ein Selbstverständnis der Professionellen als SozialraumexpertInnen wurde Mitte der 90er Jahre in die Debatte geworfen. In der Debatte fand sich genau dieses Argument nur mit anderen Worten wieder: Wolfgang Hinte u.a. (1999) propagiert den Ansatz „Vom Fall zum Feld“ oder „über den Fall in das Feld“. Dieser Slogan stand dafür, die Problemlagen nicht zu individualisieren, aber individuelle kreative Lösungen im Einzelfall zu stricken. Lösungsmöglichkeiten im Einzelfall sollten die Ressourcen im Gemeinwesen einbinden, um so auch langfristig hilfreiche Veränderungen im Gemeinwesen voran zu bringen.

Diese Erkenntnisse wurden und werden in Projekten gewonnen, die ihre Hilfen als integrierte Dienstleistungen anbieten. Die Projekte bezeichnen sich als Jugendhilfestationen, Jugendhilfeeinheiten oder -zentren oder arbeiten als gemeinwesen- oder stadtteilorientierte Jugendhilfeprojekte. Was hier an Erkenntnissen generiert wurde, kann aus meiner Sicht im Rahmen der neuen Debatte um die Bildungspotenziale in der

Jugendhilfe eine Perspektive der Weiterentwicklung eröffnen. Wichtig dabei erscheint mir, dass doch gerade die vielen Modelle, wie sie z.B. in den INTEGRA-Regionen geleistet werden, auf die Bedeutung der Perspektivenöffnung von Hilfen im und für den öffentlichen Raum aufmerksam gemacht und dafür plädiert haben, die Hilfen, die Kindern und Jugendlichen zuteil werden sollen, nicht nur als individuelle Dienstleistung zu verstehen, sondern zugleich als Aufgabe für das Gemeinwesen (vgl. Koch/Lenz 1999).

Ich möchte auf **drei Erkenntnisse** hinweisen, die sich aus diesen Entwicklungen und Debatten ableiten lassen:

- In den letzten Jahren hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, dass Kinder nicht in Schubladen verschiedener Hilfeleistungen gesteckt werden und von einer Hilfe zur nächsten verwiesen werden können.
- Erkannt wurde zudem, dass eine wirkungsvolle Entwicklung von Zukunftschancen für Kinder nur dann gewährleistet werden kann, wenn sich die Kinder- und Jugendhilfe im Sozialraum verankert, d.h. wenn sie Ressourcen im Sozialraum erkennt, freilegt und nutzbar macht und den Sozialraum als Aneignungsraum für Kinder und Jugendliche ansieht.
- Mit der Diskussion um die Bildungsaufgabe der Kinder- und Jugendhilfe muss man auch verstärkter ins Spiel bringen, dass die Hilfestellungen, die Eltern und Kinder im Fall von Erziehungsschwierigkeiten erhalten, nicht abgekoppelt werden können von sozialen Lernprozessen. Erziehung und soziales Lernen sind eine Einheit und gehören zwangsläufig zusammen.

Genau in diesem letzt genannten Aspekt ist die möglicherweise neue Chance für die Jugendhilfe angelegt: die Bildungsdiskussion in der Jugendhilfe ruft dazu auf, Formen zu entwickeln und auszuprobieren, bei denen Erziehung und Bildung nicht nur konzeptionell als Einheit verstanden werden, sondern auch im praktischen Handeln von Fachkräften, die in einem Sozialwesen mit Kindern und Jugendlichen professionell, aber auch ehrenamtlich arbeiten. Dazu gehören Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe, LehrerInnen, KindergärtnerInnen, TrainingsleiterInnen in Sportvereinen, niedergelassene PsychologInnen u.s.w. In der Theorie der Sozialpädagogik werden die beiden Bereiche Erziehung und Bildung im-

mer gleichwertig nebeneinander gestellt, in der Praxis sind sie aber weitgehend voneinander getrennt. Am deutlichsten wird dies zwischen den beiden Systemen Schule und Jugendhilfe, die oft wenig Schnittmengen aufweisen und wenig Kooperationen eingehen, wie z.B. in Form runder Tische oder in Form gemeinsamer Aktivitäten oder Projekte.

In meinem letzten Schritt soll es nun darum gehen, einige Vorschläge zu machen, dass und wie die Systeme Erziehung und Bildung gekoppelt werden könnten.

Auf dem Weg zu einem kooperativen und integrativen Ansatz von Bildung und Erziehung

Das Bundesjugendkuratorium plädiert für ein Verständnis von Bildung als Querschnittsaufgabe, d.h. für ein Selbstverständnis der Jugendhilfe als Bildungsort sowie für eine Kooperationskultur zwischen den Systemen. Richard Münchmeier schrieb in dem bereits erwähnten Aufsatz: „Bildung ist als Querschnittsaufgabe zu verstehen, die nur durch intensive und reflektierte Kooperation der verschiedenen Bildungsorte bzw. der formellen, nicht-formellen und informellen Bildungsgelegenheiten zu bewältigen ist. Orte für eine so zu beschreibende Kooperation könnten auf der Ebene der Kommunen, der Länder und des Bundes soziale Bildungsforen sein. Darin müssten sich Jugendhilfe wie Schulen, Hochschulen wie Familien- und Elternorganisationen, Schülervertretungen wie Berufsschulen, Volkshochschulen wie Arbeitsämter, Gesundheitsinstitutionen wie Tarifpartner begegnen“ (Münchmeier 2003). Er schreibt weiter, dass ein solcher „Runder Tisch der Bildung“ die Möglichkeit erbrächte, Gleichgewichte und komplementären Ausgleich zwischen Interessenträgern, Anforderungsbereichen und Anbietern zu reflektieren (vgl. Münchmeier 2003, S. 76). Letztlich plädiert er dafür, die Versäulung von Bildungsprozessen zu verlassen und die Mauern zwischen den Bildungsprovinzen fallen zu lassen.

Was heißt dies? - In der gerade begonnenen Bildungsdiskussion hat man den Eindruck, dass der Jugendhilfe geradezu aufgedrängt wird, sich neu zu platzieren und ihren Beitrag zur Bildung von Kindern und Jugendlichen offensiv kenntlich zu machen. Selbstkritisch wird in diesem Zusammenhang gar angemahnt, dass sich die Jugendhilfe darauf erst gar nicht einlassen und sich angesichts dieses Anspruchs nicht verheben solle, weil man ihn ohnehin nicht einlösen

könne (vgl. Hebenstreit-Müller/Müller 2002). Die Entwicklungen der letzten Jahre sprechen aber eine andere Sprache, denn in den letzten Jahren ging es gerade nicht um einen Alleingang der Jugendhilfe. Viel wurde in der Jugendhilfe in das Unternehmen investiert, die entstandenen Säulen innerhalb der Jugendhilfe durchlässiger zu machen und zu einem integrierten Ansatz von Betreuung, Begleitung und Beratung zu kommen. Im Zusammenhang mit der Flexibilisierung von Jugendhilfe wurde dieser Weg eingeschlagen. Die Chancen müssten darum in der Jugendhilfe zum aktuellen Zeitpunkt günstig sein, um nicht nur in den Leistungsfeldern der Jugendhilfe Kooperationen zu stiften, sondern auch verstärkt Möglichkeiten der Koppelung zwischen den Systemen Bildung und Erziehung auszuprobieren.

Mir stellen sich darum **vier Fragen für die weitere Diskussion:**

- In welcher Form kann es gelingen, Kindern integrierte Angebote zu eröffnen, in denen nicht unterschieden wird zwischen einem Erziehungs- und Bildungsanspruch? - Es ist zu vermuten, dass für Kinder dieser Unterschied gar nicht wesentlich ist und dass sie möglicherweise weitaus integrierter denken als die Profis selbst.
- Auf welche Weise können Ressourcen für Bildungs- und Erziehungsprozesse im Gemeinwesen besser wahrgenommen werden? - Die Systeme Schule und Jugendhilfe haben hier offenbar ebenfalls „pragmatische Ideologien“ entwickelt und ihre Wahrnehmung auf einen Bildungs- oder Erziehungsauftrag ausgerichtet.
- Wie kann sich die Jugendhilfe in die Entwicklung von Ganztagschulen einbringen und ihre Kompetenzen und Leistungen offensiv anbieten? - Wenn Jugendhilfe die Ganztagsbildung bei der Schule belässt und ihre Chance zur Zusammenarbeit verpasst, so ist zu befürchten, dass sie einen wichtigen Aufgabenbereich abtritt.
- Welche institutionellen Formen der Integration von Bildung und Erziehung können gedacht und umgesetzt werden? Bildungshäuser, die Möglichkeiten der Betreuung, Begleitung und Beratung, aber auch der informellen und formellen Bildung bieten, könnten hierbei einen potentiellen Ansatz darstellen.

In der Jugendhilfe wurden in den letzten Jahren viele Erfahrungen im Hinblick auf die Integration von Hilfeleistungen gemacht, es könnte ein guter Zeitpunkt erreicht sein, um neue Lösungen für eine bessere Integration von Bildungs- und Erziehungsprozessen zwischen und in den Systemen Schule und Jugendhilfe zu finden.

Literatur

BUNDESJUGENDKURATORIUM (2002): „Zukunftsfähigkeit sichern!“ – Für ein neues Verhältnis von Bildung und Jugendhilfe. In: Jugendhilfe, Heft 2, (online: www.jugendhilfe-netz.de/archiv/index.html)

FREIGANG, WERNER (1986): Verlegen und Abschieben. Zur Erziehungspraxis im Heim. Weinheim und München

HEBENSTREIT-MÜLLER, SABINE/MÜLLER, BURKHARD (2002): Verhoben. Kritik der „Streitschrift“ des Bundesjugendkuratoriums zum Verhältnis von Bildung und Jugendhilfe. In: Sozialmagazin. Heft 4, S. 24 – 27

HINTE, WOLFGANG/LITGES, GERD/SPRINGER, WERNER (1999): Soziale Dienste - Vom Fall zum Feld. Soziale Räume statt Verwaltungsbezirke. Berlin

KLATETZKI, THOMAS (1993): Professionelles Handeln als Problemsetzung. Das Konzept der flexibel organisierten Erziehungshilfen. In: Peters, Friedhelm (Hg.): Professionalität im Alltag. Entwicklungsperspektiven in der Heimerziehung. Bd. 2, Bielefeld, S. 105 – 117

KLATETZKI, THOMAS (1995): Innovative Organisationen in der Jugendhilfe. Kollektive Repräsentationen und Handlungsstrukturen am Beispiel der Hilfen zur Erziehung. In: Klatetzki, Thomas (Hg.): Flexible Erziehungshilfen. Ein Organisationskonzept in der Diskussion. 2. Aufl., Münster, S. 13 – 25

KOCH, JOSEF/LENZ, STEFAN (Hg.) (1999): Auf dem Weg zu einer integrierten und sozialräumlichen Kinder- und Jugendhilfe. Frankfurt am Main

MÜNCHMEIER, RICHARD (2003): Chancen und Risiken für die Jugendhilfe im aktuellen Bildungsdiskurs. In: Forum Erziehungshilfen. Heft 2, S. 69 – 77

SEITHE, MECHTHILD (2002): Der PISA-Schock – was geht er die Jugendhilfe an? In: Jugendhilfe. Heft 4, (online: www.jugendhilfe-netz.de/archiv/index.html)

STING, STEFAN (2002): Bildung. In: Schröer, Wolfgang/Struck, Norbert/Wolff, Mechthild (Hg.): Handbuch Jugendhilfe. Weinheim und München, S. 377 – 392

Kontakt:

Fachhochschule Landshut
Fachbereich Soziale Arbeit
Prof. Dr. Mechthild Wolff
Am Lurzenhof 1, 84036 Landshut
Telefon 0871/50 64 35
eMail mwolff@fh-landshut.de

Michael Backhaus

Workshop 1:

Von der Schule in den Beruf – Vom Quartier in die Welt und zurück?

Strategien der Kompetenzvermittlung bei benachteiligten Jugendlichen

Rahmenbedingungen

Maximal ein Fünftel aller ausbildungswilligen SchulabgängerInnen im Osten Deutschlands bewältigen, bei abnehmender Tendenz, eine lückenlose Integration in das Beschäftigungssystem. Dabei eskalieren die Probleme an der sogenannten Ersten Schwelle. Thüringen ist für diese Entwicklung in den Neuen Ländern exemplarisch.

... mittelfristig gesellschaftliche Integration in Frage gestellt

Die Eckdaten des Berufsberatungsjahres 2001/2002 sind weitgehend bekannt und zugleich ernüchternd. Ohne die vielfältigen Bemühungen zur Sicherung der dualen Ausbildung in Abrede stellen zu wollen, bleibt festzustellen, dass eine immer größer werdende Gruppe von Jugendlichen wiederholt gezwungen ist, eine Perspektive in Angriff zu nehmen, die zunächst nicht zu einer verwertbaren beruflichen Qualifikation führt und mittelfristig ihre gesellschaftliche Integration in Frage stellt.

... fehlende Ausbildungsplätze

Seit 1999 liegt die sogenannte Ausbildungslücke in Thüringen bei durchschnittlich 19.000 fehlenden betrieblichen Ausbildungsplätzen – jene wäre noch größer, wenn man ein auswahlfähiges Angebot berücksichtigen würde. Seit 1997 ist das betriebliche Ausbildungsplatzangebot um ein Drittel zurückgegangen und während sich die Leistungs- und Orientierungsstarken für eine Ausbildung in den alten Bundesländern entscheiden – das sind jährlich ca. 3.000 junge ThüringerInnen (Tendenz rückläufig) – bleibt insbesondere den (Markt-) Benachteiligten nur die Chance der Überbrückung bzw. des Wartens auf den nächsten Ausbildungsbeginn. Aktuell fehlen rein rechnerisch erneut 20.000 Ausbildungsplätze in Thüringen.

Ogleich das Ausbildungsplatzangebot in sogenannten Sonderprogrammen mit annähernd 2.000 Plätzen über die letzten Jahre relativ stabil geblieben ist, unterliegen Fördervarianten, die primär auf die Berufsvorbereitung oder Berufsausbildung Benachteiligter abstellen, einer zur Bewerberentwicklung gegenläufigen progressiven Tendenz. Vor dem Hintergrund, dass die Zahl der Schulentlassenen ohne (mindestens) Hauptschulabschluss die 4.000er Grenze seit Jahren nicht überschreitet, ist dies eine bedenkliche Entwicklung. Die Thüringer Wirtschaft ist in der glücklichen Situation, auf einen Bewerberpool zurück greifen zu können, in dem mehr als die Hälfte der Jugendlichen über die Mittlere Reife verfügt.

Der „Erfolg“ berufsvorbereitender Maßnahmen

In berufsvorbereitenden Maßnahmen werden in der Bundesanstalt für Arbeit und den berufsbildenden Schulen zwischenzeitlich jährlich ca. 10.000 ausbildungswillige Jugendliche „untergebracht“ – allen ist gemein, dass sie hinsichtlich der Anbahnung von Ausbildungsverhältnissen eher kritisch zu beurteilen sind:

- So wiederholen nach unseren Erhebungen 37 % der BVJ-SchülerInnen die Berufsvorbereitung,
- bricht nahezu die Hälfte der sogenannten Marktbenachteiligten ihre, zum Real schulabschluss führende Vollzeitschulbildung, in der zweijährigen nichtberufsqualifizierenden Berufsfachschule nach Erfüllen ihrer einjährigen Berufsschulpflicht ab.

Insbesondere bei letztgenannter Klientel werden latente Schulaversion und Demotivation verstärkt, da ein arbeitsweltbezogener Ernstcharakter in diesen Maßnahmen schwerlich herzustellen ist. Ungeachtet dessen gilt die nichtberufsqualifizierende Fachschule (auch in ihrer jüngst eingeführten einjährigen Variante) offensichtlich als Allheilmittel – in einzelnen Schulamtsbereichen haben sich die SchülerInnenzahlen seit 2000 verdreifacht.

Die beklagenswerte Dimension und Effizienz der berufsvorbereitenden Maßnahmen führt letztlich dazu, dass die sogenannte Altnachfragerquote unter den BewerberInnen im vergangenen Berufsberatungsjahr die 40 % - Schwelle erstmals erreicht hat (13.000 Jugendliche) und der Anteil der BewerberInnen ohne Hauptschulabschluss, bei rückläufiger Quote unter den SchulabgängerInnen, stetig wächst. Diese Tendenz

setzt sich in diesem Jahr bedrohlich fort. So steigen die Teilnehmerzahlen in der Benachteiligtenausbildung kontinuierlich. Deren Übergangsquoten liegen nach erfolgreichem Abschluss der Ausbildung jedoch (in Abhängigkeit vom Ausbildungsberuf) bei lediglich 25 % bis 30 %. Im Anschluss an eine betriebliche Ausbildung münden dagegen (noch) 43 % in eine versicherungspflichtige Beschäftigung.

Es sei an dieser Stelle darauf verwiesen, dass Vollzeit Schulmaßnahmen im Vergleich zu Fachklassen im dualen System das Dreifache an Lehrerkapazität benötigen. Ein Umstand, der den Personalmangel an den berufsbildenden Schulen Thüringens noch verstärkt und die Ausbildungsqualität im dualen Bereich einschränken muss.

Gerade die Berufsvorbereitung lässt eine **Strategie der Kompetenzvermittlung** vermissen. Bei der Bewertung der berufsvorbereitenden Maßnahmen ist einer Anfang 2002 formulierten Position des BIBB-Hauptausschusses (Bundesinstitut für Berufsbildung, Bonn) zum Berufsbildungsbericht zuzustimmen:

- Es fehlt ein transparentes System von Prüfung und Zertifizierung von Maßnahmebestandteilen. Das bundesweit anerkannte Zertifizierungsmuster des BIBB „Nachweis von berufsbezogenen Qualifikationen“ findet nur begrenzt Verwendung.
- Die Anerkennung der in der Berufsvorbereitung vermittelten Qualifikationen für die Ausbildung ist nicht geregelt.
- Eine strukturell angelegte Verknüpfung von Berufsvorbereitung und Ausbildung ist nicht vorhanden, sie findet lediglich im Bereich der (außerbetrieblichen) Ausbildung von behinderten Jugendlichen gezielt Anwendung.
- Die der Dualität immanente Kooperation von Lernorten findet nur in Ausnahmen statt; in Thüringen z.B. im BVJ IMPULS.

... Paradigmenwechsel überfällig

Es bleibt anzunehmen, dass insbesondere im Bereich der Vollzeit Schulmaßnahmen ein Paradigmenwechsel überfällig ist. Dem Lernort Betrieb ist, insbesondere für Marktbenachteiligte, ein größerer Stellenwert beizumessen. Maßnahmenkonzepte in Analogie zum AQJ-Ansatz¹ des Jugendsofortprogramms verdienen, ergänzt durch Berufsschulbesuch, eine weitere Verbreitung. Die

¹ AQJ bedeutet Arbeit und Qualifizierung für (noch) nicht ausbildungsreife Jugendliche und wird durch das Sonderprogramm zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit Artikel 6 gefördert.

Berufsvorbereitung bindet in Thüringen jährlich mehr als 20 Mio. € - nur ein Bruchteil dieser Mittel wäre an den allgemeinbildenden Schulen in Prävention besser angelegt.

... langfristige Folgewirkungen

Langfristige Folgewirkungen der beschriebenen, sogenannten Warteschleifenproblematik, zeigen sich in der Struktur sozialhilfeabhängiger Jugendlicher. So hat sich die Zahl derer, die ohne Berufsabschluss Sozialhilfe beziehen, seit 1996 nahezu verdoppelt und beträgt mit Stand Dezember 2001 6.200 Jugendliche – das sind nahezu 60 % aller Betroffenen.

Wodurch wird die konjunkturbedingte Ausbildungszurückhaltung noch verstärkt und damit der Weg von der Schule in den Beruf erschwert?

Zweifelsfrei bestehen bei der Berufswahlvorbereitung durch Schule, Unternehmen und der Bundesanstalt für Arbeit erhebliche Reserven. So konzentrieren sich 41 % der BewerberInnen immer noch auf 10 Berufe, wengleich diese auch 33 % der angebotenen Ausbildungsstellen repräsentieren. Jedes vierte Ausbildungsverhältnis endet vorzeitig, allein 2001 brachen 6.000 Thüringer Jugendliche (!) ihre Ausbildung ab – ca. 500 Jugendliche treten jährlich ihre Ausbildung erst gar nicht an.

Die Hälfte aller Vertragslösungen basiert auf Wunsch der Jugendlichen – zwei Drittel davon orientierten sich ursprünglich auf einen völlig anderen Ausbildungsberuf – hier liegt ein wesentliches Grundproblem der Berufsorientierung.

... Abbrecherhitlisten

In den Abbrecherhitlisten finden sich im vorderen Bereich Berufe wie Bäcker und Fachkräfte im Gastgewerbe. Hier ist den Jugendlichen, nach Aussagen befragter FachlehrerInnen, u.a. schlicht nicht bewusst, welche Arbeitszeiten die betriebliche Realität nach sich zieht ...! So nimmt es nicht wunder, wenn sich insbesondere Klein- und Mittelständler, die sich ihrer gesellschaftlichen Ausbildungsverantwortung sehr wohl bewusst sind, nach schmerzlichen Erfahrungen aus der dualen Ausbildung verabschieden.

... Untersuchung „Industrie in Nordthüringen – bald ohne Nachwuchs?“

Die von Dr. Behr (FSU Jena/TU Chemnitz) durchgeführte Untersuchung „Industrie in

Nordthüringen – bald ohne Nachwuchs?“ weist aber auf ein weiteres Problem hin: Industrie und Handwerk machen eigene Angebote offenkundig zu wenig publik und tragen wenig zur Information Ausbildungssuchender bei. So sind einige Feststellungen dieser Untersuchung eine Offenbarung:

- „... wurde von den Betrieben auch beklagt, dass die Verbindung zwischen Schule und Wirtschaft in den letzten Jahren nach und nach zerbrochen sei: das Wissen der Jugendlichen um Industrie, technische Vorgänge bzw. deren Vorbereitung auf das spätere Arbeitsleben durch die Schule haben sich in der vergangenen Zeit immer weiter verschlechtert ...
- Lediglich die Hälfte kann ein Industrieunternehmen der Region benennen ...
- Ein in diesem Komplex trauriger Befund ist die Tatsache, dass die Jugendlichen fast nie vom Arbeitsamt bzw. über das BIZ (Berufsinformationszentrum) von diesen Unternehmen erfahren haben ...
- Drei Viertel der Jugendlichen sagen aus, noch nie auf industrielle Berufe oder Studiengänge aufmerksam gemacht worden zu sein“.

Leider konnte auch eine an das Thüringer Kultusministerium angebundene „Experten-Gruppe zur Verbesserung der Ausbildungsfähigkeit“ wenig daran ändern, dass das obligate Betriebspraktikum in den Abgangsklassen sinnstiftender als bisher eingesetzt wird und eine durchdachte und zugleich erprobte Ausbildungsentscheidung flankieren hilft. Dass gerade ein qualifiziertes Betriebspraktikum ein wesentliches Potenzial zur Anbahnung eines Ausbildungsverhältnisses in sich birgt, unterstreichen Ergebnisse einer Untersuchung, die das Deutsche Jugendinstitut gemeinsam mit der Jugendberufshilfe Thüringen e.V. 2001 zur „Betrieblichen Benachteiligtenausbildung“ in Thüringen durchgeführt hat:

Hier geben mehr als 40 % der befragten Unternehmen an, dass ihrer Entscheidung für die Ausbildung eines benachteiligten Jugendlichen ein umfangreicheres Vorpraktikum zu Grunde lag.

Thesen

Jugendhilfe muss sich gemäß ihres gesetzlichen Auftrages der beschriebenen Situation stellen. Die folgenden Feststellungen/Handlungsempfehlungen könnten dabei Ausgangspunkt eines gezielten Handelns der Jugendhilfeakteure in den E&C-Quartieren sein:

- Der Übergang zwischen Schule und Beruf wird durch einen Rahmen bestimmt, in dem das Normalarbeitsverhältnis zunehmend abgedankt hat und eine gesellschaftliche Risikokultur dominiert, in der der Einzelne mehr Verantwortung in einem dynamischen Umfeld übernimmt. Sozialpolitische Maßnahmen werden perspektivisch dem Diktat des Arbeitsmarktes unterworfen.
- Maximal ein Fünftel aller ausbildungswilligen SchulabgängerInnen im Osten Deutschlands bewältigen, bei abnehmender Tendenz, eine lückenlose Integration in das Beschäftigungssystem. Es erscheint vor diesem Hintergrund wichtiger denn je, vor der ersten Schwelle Persönlichkeitsmerkmale und Handlungskompetenzen zu entwickeln, die gleichwertig neben dem Lernziel Arbeitsfähigkeit stehen.
- Weder die Beratungsstrukturen der Schule noch der Bundesanstalt für Arbeit werden systembedingt mittelfristig Unterstützungsangebote unterbreiten können, die die Stärken der/des Jugendlichen in den Mittelpunkt des Interesses stellen (Empowerment). Es ist Aufgabe der lokalen (Jugendhilfe-) Akteure im Quartier, Beratungs- und Unterstützungsangebote zu etablieren, die es jungen Menschen ermöglichen, gut informiert Verantwortung für sich selbst zu übernehmen.
- Zielstellung der Jugendsozialarbeit im Quartier muss es sein, den Prozess der Berufswahlvorbereitung derart zu optimieren, dass eine individuelle berufliche Entscheidung auf Basis von Erfahrungen in der Arbeitswelt (Polytechnisches Prinzip) und im Ergebnis von qualifizierten Verfahren der Kompetenzfeststellung getroffen wird. Die Verantwortung der Eltern im Orientierungsprozess ist durch die Bereitstellung geeigneter Informationen zu stärken. So könnte u.a. die wirtschaftlich nicht zu vertretende Quote an Ausbildungsabbrüchen (25 % der Neuverträge) gesenkt werden.
- Die Rolle der Jugendhilfe im Ensemble der Beratungs- und Betreuungsleistungen

gen der JobCenter ist völlig offen. Gleichwohl gilt: die Kürzungen im Eingliederungstitel der Bundesanstalt für Arbeit werden Auswirkungen auf die Strukturen der Jugendberufshilfe haben. Es wird darauf ankommen, die Kompetenzen der Jugend(-berufs)hilfe, z.B. im Bereich der professionellen Standards der Förderplanung, den Akteuren der JobCenter zur Verfügung zu stellen, um zeitnah ein qualifiziertes Case-Management aufbauen zu können. Bei aller Nachrangigkeit hat sich an dieser Stelle Jugendhilfe einzumischen.

Kontakt:

Jugendberufshilfe Thüringen e.V.
Michael Backhaus
Linderbacher Weg 30, 99099 Erfurt
Telefon 0361/422 90 10
Internet www.jbhth.de

Erfahrungsaustausch

Workshop 1

Die TeilnehmerInnen des Workshops bekamen durch den Beitrag von Herrn Backhaus einen guten Überblick zu den „Regelwegen“ des immer schwieriger werdenden Übergangs zwischen Schule und Beruf. Es wurde sehr deutlich, an welchen Stellen das Regelsystem zunehmend versagt, wobei primär quantitative Ursachen zu nennen sind. Dies gilt insbesondere für Ostdeutschland, wo nur ein Fünftel aller ausbildungswilligen SchülerInnen eine lückenlose Integration in das Beschäftigungssystem schaffen.

Die Kinder- und Jugendhilfe gerät auch gemäß ihres gesetzlichen Auftrages hier zunehmend in die Verantwortung, Handlungskompetenzen bei Jugendlichen zu fördern. Insbesondere unter Präventionsaspekten gewinnen dabei Aktivitäten im Quartier an Bedeutung. Herr Backhaus stellte ausgewählte Unterstützungsmöglichkeiten der Jugendberufshilfe Thüringen vor, wie z.B.:

- optimierte Berufswahlvorbereitung,
- Case-Management für Benachteiligte,
- gezielte Angebotsplanung und
- Mediation bei drohendem Ausbildungsabbruch.

Bei der Fülle der vorgestellten Informationen blieb in diesem Workshop relativ wenig Zeit für die Diskussion. Gleichwohl bot der Workshop den TeilnehmerInnen die Möglichkeit, weitere Fragen zu Praxis und Erfahrungen der Jugendberufshilfe Thüringen zu formulieren. Darüber hinaus haben viele DiskutantInnen die Befunde und Thesen des Referenten ausdrücklich aus ihren eigenen Erfahrungen heraus bestätigt.

Sarah Ulbig, Jan Buruck

Workshop 2:
Bildungsanregungen im öffentlichen Raum schaffen

Aktion Zivilcourage Pirna – eine Jugendinitiative gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit



Wir sind ...

Wir sind eine Gruppe von 30 Jugendlichen im Alter zwischen 15 und 26 Jahren aus dem Landkreis Sächsische Schweiz. Wir sind parteineutral und setzen uns als Initiative mit den Themen Rechtsextremismus und Rassismus, besonders in unserer Region, auseinander. Wir erarbeiten Projekte, um das Demokratieverständnis unter Jugendlichen zu stärken und die Probleme Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit zu thematisieren.

Die vier zentralen Schwerpunkte unserer Arbeit sind:

- ➔ **Aufklärungsarbeit**
- ➔ **Information**
- ➔ **Opferhilfe und -beratung**
- ➔ **Kultur – Musik – Lesungen**

Wir klären über Ziele, Symbole und Taten von Rechtsextremisten in **Informationsveranstaltungen** und durch **erläuterndes Material** auf und versuchen Hintergründe zu beleuchten. Besonders wichtig ist die Betreuung von Opfern rechter Gewalt. Wir begleiten und beraten sie beim Gang zur Polizei und anderen Behörden und vermitteln bei Bedarf spezifische Ansprechpartner. Vierundzwanzig Stunden am Tag sind wir über unsere **Notrufnummer** erreichbar. Die Aktion Zivilcourage organisiert vielfältige **Kulturveranstaltungen** - Lesungen, Theateraufführungen und Konzerte, um Jugendlichen sinn- und wertvolle Angebote zu eröffnen. Und bei unseren regelmäßigen **Partys** kann auch mal ganz ausgelassen „abgefeiert“ werden. Besonders wichtig ist uns, andere jugendliche Initiativen und Gruppen mit unserem Wissen und unseren Erfahrungen bei ihrem Engagement für Demokratie und Toleranz zu unterstützen. Schließlich wissen wir, wie schwer die ersten Schritte und wie wichtig verlässliche Partner sind. Außerdem

organisieren wir Seminare, Diskussionsrunden, Workshops, Bildungsfahrten und Begegnungscamps. Wir betreiben eine **Internetseite** [www.zivilcourage-pirna.de], um auch überregional über Rechtsextremismus und seine Folgen zu informieren sowie konkrete Handlungsansätze aufzuzeigen.

Bei unseren Projekten arbeiten wir eng mit Institutionen, Schulen, Vereinen, freien Trägern, Initiativen, Behörden, Politikern und den Medien zusammen.

Warum wir die Jugendinitiative gegründet haben:

Die Jugendinitiative hat sich Anfang 1999 gegründet als Reaktion auf erschreckend hohe Wahlergebnisse rechter Parteien im Landkreis Sächsische Schweiz und einer zunehmenden Gewaltbereitschaft unter Jugendlichen. So wurden mehrmals nicht-rechte Jugendliche und AusländerInnen überfallen, wobei es zum Teil zu sehr schweren Körperverletzungen kam. Hierbei tat sich vor allem die Gruppierung „Skinheads Sächsische Schweiz“ (SSS) hervor. Diese wurde im April 2001 wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung verboten. Im Mai 2003 wurden erstmals fünf Mitglieder der „SSS“ vom Dresdner Landgericht wegen des Vorwurfs der Bildung und Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung verurteilt.

Aufklärungsarbeit: Ein Überblick

Seit 2001 bieten wir verstärkt **Aufklärungsveranstaltungen** und Möglichkeiten zur öffentlichen Diskussion an. Wir wollen damit das Problem Rechtsextremismus größeren Teilen der Bevölkerung im Landkreis Sächsische Schweiz und Weißeritzkreis näher bringen und dadurch Handlungsansätze entwickeln. Besonders oft werden wir von Schulen und Vereinen zu Vorträgen und Podiumsdiskussionen eingeladen.

Um Kinder und Jugendliche direkt anzusprechen, bieten wir für Schulen im Landkreis Sächsische Schweiz und teilweise auch darüber hinaus **Projektschulstunden und -tage** an. Nachfragen erreichen uns von sämtlichen Schultypen, angefangen bei Förderschulen bis hin zu Gymnasien. Ziel der Veranstaltungen ist es, Demokratieverständnis und Toleranz der SchülerInnen zu fördern und Vorurteile abzubauen. Hilfreich ist das umfangreiche Aufklärungsmaterial, angefangen

- vom Flyer
- über Broschüren
- bis hin zu Videofilmen sowie
- unseren persönlichen Erfahrungen bei der Auseinandersetzung mit den The-

men Gewalt, Rechtsextremismus und Rassismus.

- Darüber hinaus führen wir auch Aufklärungsveranstaltungen für Erwachsene durch.



Wandzeitung: „Das sieht verboten aus!“

Vielen Menschen ist nicht bekannt, welche Bedeutung und Gefahr von rechtsextremen Zeichen und dumpfen Parolen ausgeht. Auch LehrerInnen sind häufig überfordert oder uninformiert, wenn es um das Erkennen rechter oder gar verbotener Symbole geht. Um Sprüchen wie: „Das Boot ist voll!“ oder „Alle Ausländer sind kriminell“, richtig zu begegnen, fehlen häufig die Argumente. Gerade dadurch fühlen sich rechte Jugendliche in ihrem Verhalten akzeptiert oder gar bestärkt. Um diesen Tendenzen entgegenzuwirken, entstand unser Projekt „Das sieht verboten aus!“. Das Material soll die bestehende Informationslücke über rechtsextreme Zeichen schließen. Die Wandzeitung dient vor allem der schnellen Information. Wir möchten, dass sich LehrerInnen mit der Problematik auseinandersetzen, um rechte Symbole zu erkennen, aufzuklären und erzieherisch einwirken zu können.

Begleitend zum Plakat haben wir eine Broschüre und einen Flyer herausgegeben. In der Broschüre sind alle Zeichen des Plakates enthalten, Hintergründe werden erläutert, einschlägige rechte Parolen mit klaren Fakten widerlegt und Handlungsansätze aufgezeigt. Außerdem sind eine Reihe von Kontaktadressen und Telefonnummern von Ansprechpartnern (Netzwerk Sachsen, Polizei, Aktion Zivilcourage, u. v. m.) im Anhang aufgenommen. Der Flyer ist inhaltlich dem Plakat gleich und versteht sich als handliche Variante „zum Mitnehmen“.

Seminarreihe: „Partner der Straße“

Die Aktion Zivilcourage veranstaltet gemeinsam mit dem Bildungswerk

WEITERDENKEN e.V. in der Heinrich-Böll-Stiftung und dem Jugendamt Sächsische Schweiz die Seminarreihe „Partner der Straße – Polizei und Sozialarbeit“. Vorrangig geht es um den Austausch von Erfahrungen und den Einblick in das jeweilige Arbeitsfeld, um so die unterschiedlichen Ansätze zu verstehen und Jugendkriminalität, insbesondere Extremismustendenzen zurückzudrängen. Die Resonanz auf die Veranstaltungen wird immer größer und die Beteiligten (ein Jugendrichter des Amtsgerichts Pirna, eine Dresdner Staatsanwältin, VertreterInnen der Kriminalpolizei Pirna, eine Mitarbeiterin der Jugendgerichtshilfe und die SozialarbeiterInnen des Landkreises Sächsische Schweiz) signalisieren einen starken Bedarf an diesem Austausch, so dass die Seminarreihe weitergeführt wird.

Trainingsseminar für LehrerInnen

Im Februar 2003 veranstalteten wir in Königstein, gemeinsam mit dem Bildungswerk WEITERDENKEN e.V. in der Heinrich-Böll-Stiftung, ein Trainingsseminar für LehrerInnen unter dem Titel „Handlungsfähig gegen Rechtsextremismus und Rassismus - Argumente und Handlungsspielräume“. Im Training wurden die Verhältnisse an den Schulen unter die Lupe genommen, Denk- und Verhaltensmuster studiert und Handlungskompetenzen erprobt. Ziel war es, Rassismus und Rechtsextremismus zu diagnostizieren, souverän mit rechten Parolen und „gefährlichen“ Situationen umzugehen und die eigene Haltung zu reflektieren.

Diskussionsforen

Rund 20 Mal jährlich werden wir gebeten, in Schulen, bei Vereinen, Institutionen oder politischen Veranstaltungen unsere Arbeit und Ziele vorzustellen. Angefangen hat alles mit dem **Runden Tisch**.

Seit 1996 nahmen rechte Übergriffe auf Jugendliche im Landkreis Sächsische Schweiz zu. Es entwickelte sich ein Klima aus Unsicherheit und Angst. Wir wussten damals nicht, wie wir etwas ändern könnten, nur, dass wir etwas an der beängstigenden Situation verändern wollten. Im November 1999 organisierten wir deshalb den ersten sogenannten „Runden Tisch“. Die Resonanz war schon bei diesem ersten Mal sehr gut und wir konnten VertreterInnen der Polizei, GEW, IG Metall, SPD, PDS, von Vereinen, der katholischen Kirche sowie den Schriftsteller Hugo Jensch (Autor des Buches „Juden in Pirna“) begrüßen. Wir versuchten, den anwesenden VertreterInnen des öffentlichen Lebens unsere Wahrnehmungen und

Empfindungen zum Problem Rechtsextremismus im Landkreis Sächsische Schweiz zu schildern.

Die Resonanz auf unsere Einladungen nahm stetig zu. Durch diese Veranstaltungen gelang es uns erstmals, das Problem des Rechtsextremismus in der Sächsischen Schweiz in der Öffentlichkeit zu thematisieren und wir begannen konkrete Handlungsansätze mit den VertreterInnen des „Runden Tisches“ zu diskutieren.

Kultur – Musik – Lesungen: Spotlights

Musik - Konzerte - Partys

Wider dem rechten Mainstream bieten wir diverse Musikveranstaltungen in Pirna und im Landkreis an. Einmal im Monat veranstalten wir eine „Independent Party“ im Pirnaer Jugendhaus Hanno. Diese Veranstaltung wird immer von 250 bis 550 Jugendlichen des Landkreises besucht.

Wir sind der Meinung, dass es gerade in unserer Region - einer „jugendkulturellen Wüste“ - wichtig ist, den Jugendlichen etwas anzubieten, bei dem sie Spaß haben und einfach „abfeiern“ können; jedoch ohne politische Einflussnahme und vor allem ohne Gewalt! Zudem bekommen sie die Möglichkeit, mit anderen Jugendlichen in Kontakt zu treten und sich auszutauschen.

Sporadisch veranstalten wir auch Konzerte, möchten dies aber regelmäßiger tun, da Live-Musik einen viel höheren Stellenwert hat und wir dadurch eine lokale Jugendmusikszene schaffen und stärken können.

Theaterveranstaltung „Hallo.Nazi“

Gemeinsam mit dem Theater Junge Generation Dresden, dem Büro für freie Kultur- & Jugendarbeit und dem Trägerverbund „VorOrt“ Sachsen organisierte die Aktion Zivilcourage am 17. Oktober 2001 die Theateraufführung des Stücks „Hallo.Nazi“ im Jugendhaus Hanno in Pirna.

Im Vorfeld der Veranstaltung wurden vor allem Schulen über die Aufführung informiert; Ankündigungen waren in der Lokalpresse, im Internet und auf Plakatwänden in und um Pirna vertreten. Am Aufführungstag war dann das Pirnaer Hanno mit über 200 ZuschauerInnen, vor allem jungen Leuten aus Pirna und Umgebung, sehr gut besucht. Das Stück wurde von den BesucherInnen positiv aufgenommen und regte zu intensiven Gesprächen an. Im Anschluss an die Aufführung gab es die Möglichkeit, über das

Theaterstück, die Rollen, das Thema Rechtsextremismus und mögliche Lösungsansätze zu diskutieren. In der Gesprächsrunde standen auch die SchauspielerInnen und weitere Inszenierungsbeteiligte für Fragen und Meinungen zur Verfügung.



Die Grenzfall-Tour 2003 – ein Mix aus Bildung, Kultur und Musik

Im Rahmen des Projektes „GrenzFall“ fanden Bildungs- und Kulturveranstaltungen in Kooperation mit dem Impreuna e.V. und je einer ortsansässigen Initiative in drei ausgewählten Städten statt. Die Maßnahme umfasste zwei Seminare und drei Ganztags-/Nachmittagsveranstaltungen in Zittau, Pirna und Meißen mit jeweils anschließendem Konzert von drei Bands aus Tschechien, Polen und Deutschland.

In Pirna fungierte die Aktion Zivilcourage als lokale Initiative vor Ort und entwickelte gemeinsam mit Jugendlichen aus der Region ein Konzept für ein **Europa-Planspiel**. Jugendliche sollten auf lokaler Ebene motiviert werden, antirassistisches und demokratieförderndes Engagement zu zeigen und sich aktiv zu verwirklichen.

In diesem Sinne kamen wir auf die Idee, das Spiel so zu konzeptionieren, dass die Jugendlichen die Möglichkeit bekamen, sich aktiv mit dem Thema EU-Osterweiterung auseinanderzusetzen. Um einen möglichst realitätsnahen Spielverlauf zu gewährleisten, stellten wir inmitten der Pirnaer Innenstadt für jeden zukünftigen EU-Mitgliedstaat einen Stand auf. Die Stände waren nach der geografischen Lage der Staaten in Europa über das Stadtgebiet angeordnet. Ziel des Spiels war es, in jedem Staat möglichst viele landestypische Fragen richtig zu beantworten. Dabei mussten die TeilnehmerInnen von Staat zu Staat „reisen“ und Reisekosten entrichten, die mit fiktivem Geld bezahlt wurden. Die Sieger gewannen eine Reise für zwei Personen in die tschechische Hauptstadt Prag.

„König sein in Königstein“: Straßenfest und Informationsstände

Am 10. Juni 2001 standen Kommunalwahlen in Sachsen an. Landesweit traten acht Kandidaten für die NPD an, allein im Landkreis Sächsische Schweiz davon vier. Die Wahl hatte für die NPD auch überregional einen hohen Stellenwert: Allein zwei der vier Kandidaten sind im Bundesvorstand der NPD. In Königstein hatte es der NPD-Funktionär Uwe Leichsenring 1999 geschafft, auf 11,8 % der Stimmen zu kommen. Durch die starke Personalisierung der Bürgermeisterwahl und durch die Zerstrittenheit der übrigen Parteien, war ein Sieg für Uwe Leichsenring zu befürchteten. Somit wäre er der erste NPD-Bürgermeister bundesweit geworden!

Aus diesem Grund veranstalteten wir am 8. Juni 2001 ein interkulturelles Straßenfest „König sein in Königstein - Wahl ist keine Glücksspirale, SIE entscheiden!“, zu dem viele BürgerInnen kamen. Auf diesem Fest gab es neben Spielmöglichkeiten für Kinder, Musik- und Unterhaltungsprogrammen vor allem Informationsstände für Erwachsene, an denen sie sich z.B. über die verfassungsfeindlichen Ziele der NPD informieren konnten. Vereine und Verbände aus Sachsen stellten ihre Arbeit vor. Am Abend fand ein Konzert mit Bands, unter anderem aus Berlin, Dresden und Düsseldorf statt, zu dem mehr als 1400 Menschen erschienen, um ein deutliches Zeichen gegen die antidemokratischen Ziele der NPD zu setzen. Alle Bands spielten ohne Gage, um den BesucherInnen einen freien Eintritt zu ermöglichen.

Trotz unseres Engagements und einer begleitenden massiven Aufklärung durch die Medien und das Netzwerk Sachsen gaben 16,2 % der Königsteiner am Wahlsonntag ihre Stimme Uwe Leichsenring. Die Wahlbeteiligung war die zweithöchste in Sachsen, was sowohl auf die vielen Aktionen im Vorfeld, als auch auf den aggressiven Wahlkampf der NPD zurückzuführen ist.

Lesen gegen das Vergessen

Die nunmehr vierte „Lesen gegen das Vergessen“-Veranstaltung fand am 27. Mai 2003 im Jugendhaus HANNO Pirna statt, eine Lesung mit Diskussion und Gesprächsrunde von Bernd Stracke. Er sprach zum Thema Untergrundmusik und Stasi Anfang der 80er Jahre in der DDR.

Geschichten zwischen Banalität, Trotz, Knast, Verbot und Ausweisung, die Angst des Staatsapparates vor der Jugendsubkultur in der DDR. Bernd Stracke war Sän-

ger der Leipziger DDR-Punkband „L'ATTENTAT“, eine der wenigen DDR-Bands, die es trotz Stasi und Co. zu einer Platte in der BRD gebracht hatten. Nach dem Mauerfall sind dann in Stasiarchiven noch einmal etliche Exemplare ihrer Platte aufgetaucht. Wie sich im Nachhinein herausstellte, versuchte die damalige Sicherheitsbehörde soviel Exemplare wie möglich einfach aus der BRD „wegzukaufen“, um so zu verhindern, dass diese in den Umlauf kam.

Internationale Begegnungen: Ein Einblick

Erstes tschechisch-deutsches Aktion Zivilcourage - Jugendbegegnungscamp

Vom 15. bis zum 17. November 2002 fand im Kinder- und Jugenddorf in Papstorf unser erstes tschechisch-deutsches Jugendcamp statt. Sich kennen zu lernen, neue Freundschaften zu schließen und sich bei Spiel, Sport und Spaß zu erholen war die Idee. Die Mauer, die Deutschland und Tschechien in vielen Köpfen trennt, sollte wieder ein Stück abgebaut werden.



Über 40 junge Leute waren dabei und hatten an diesem Wochenende volles Programm. Nach der Anreise am Freitag ging es gleich nach dem ersten Kennenlernen beim gemeinsamen Abendbrot ordentlich mit der tollen Geraer Band „Strange Bru“ los. Der Samstag stand unter dem großen Stichwort KENNENLERNEN, durch Spiele, gemeinsames Wandern und Basteln sollten die letzten Steine aus dem Weg zu einer Freundschaft gerollt werden. So wurde fleißig getöpfert, gefilzt und afrikanisch gekocht. Ein Sprach-Kurs, bei dem die tschechischen Jugendlichen den Deutschen die wichtigsten Vokabeln beibrachten, rundete das Programm ab. Der Abend wurde dann von lateinamerikanischen Klängen beherrscht.

Projekte in Vorbereitung: Eine Auswahl

■ Wettbewerb an Schulen

An den Schulen des Landkreises Sächsische Schweiz werden wir einen Wettbewerb zum Thema „Fremd sein“ durchführen. Die SchülerInnen sollen aufgefordert werden, ihre Eindrücke und Gedanken zu diesem Thema über Fotografien, Bilder, Theaterstücke, Videoclips, Collagen etc. auszudrücken. Bei der Präsentation sind keine Grenzen gesetzt, es geht vorrangig um eine tiefgründige Auseinandersetzung mit Fremdenfeindlichkeit und Rassismus. Hilfe und Anregungen sollen die SchülerInnen über uns und die LehrerInnen bekommen. Des Weiteren sollen Kontakte zu Menschen anderer Nationalitäten geknüpft werden, so dass SchülerInnen eigene Erfahrungen machen und mögliche Vorurteile abbauen. Durchgeführt wird das Projekt sowohl an Gymnasien als auch an Mittelschulen. Es werden die besten Arbeiten ausgestellt, wobei die verschiedenen Klassenstufen und Schulstrukturen getrennt bewertet werden. Zur Eröffnung wird es eine Feier geben, an der die SchülerInnen, ihre Eltern, VertreterInnen der Stadt, LehrerInnen und die Presse teilnehmen sollen.

■ Projektschultage (PST)

Wir beabsichtigen den Aufbau mehrerer Teams von Jugendlichen, die das eingeführte und erprobte Konzept der Projektschultage (PST) im Landkreis Sächsische Schweiz umsetzen. Diese Projektschultage sollen als Initiative für den Aufbau von Schulgruppen dienen, die sich eigenständig und kontinuierlich um den Auf- und Ausbau eines fremdenfreundlichen und antirassistischen Klimas an ihrer Schule kümmern. Eine entsprechende Qualifizierung, Betreuung und Supervision erfolgt durch die Aktion Zivilcourage in Zusammenarbeit mit dem Netzwerk für Demokratie und Courage (NDC). Für uns ist es sehr wichtig, dass es nach dem erfolgten Projektschultag weiter geht. Das heißt, es müssen den SchülerInnen AnsprechpartnerInnen zur Verfügung stehen, damit sich weiterführende Projekte überhaupt entwickeln können.

Förderer und Unterstützer

Da unsere Gruppe von ehrenamtlicher Arbeit lebt, ist sowohl finanzielle als auch organisatorische Unterstützung von erfahrenen Partnern wichtig. Zu unseren Hauptförderern gehört die DGB Region Dresden – Oberes Elbtal; weitere Hilfen erhalten wir vom Kulturbüro Sachsen. Projektförderung

erhielten wir vor allem vom Bundesprogramm CIVITAS und der Amadeu-Antonio-Stiftung. Wir arbeiten eng mit dem Netzwerk Sachsen – gegen Fremdenfeindlichkeit, Rechtsextremismus und Gewalt e.V. zusammen. Über das Arbeitsamt Pirna wurde uns die Einrichtung einer ABM- und einer SAM-Stelle ermöglicht, ohne die wir die von uns geleistete Arbeit bei weitem nicht in dem Umfang durchführen könnten.



Auszeichnungen

Die Aktion Zivilcourage ist Träger des Preises der Sächsischen Jugendstiftung 2000, des Ehrenamtspreises des Landkreises Sächsische Schweiz 2001, des bundesweiten Medienpreises „Jugend gegen Rechtsextremismus“ 2001, bekam Anfang des Jahres 2002 den 1. Preis der Stiftung „Aktion Toleranz“ des Dresdner Druck- und Verlagshauses verliehen, wurde als bundesweit vorbildliches Projekt durch das Bündnis für Demokratie & Toleranz im Rahmen des Wettbewerbs „Aktiv für Demokratie und Toleranz“ 2002 ausgezeichnet und ist Preisträger der Initiative der deutschen Wirtschaft „startsocial“ unter der Schirmherrschaft des Bundeskanzlers.

Kontakt:

Aktion Zivilcourage
Sarah Ulbig, Jan Buruck
Postfach 10 02 28, 01782 Pirna
Telefon 03501/46 08 80
eMail post@zivilcourage-pirna.de
Internet www.zivilcourage-pirna.de

Erfahrungsaustausch

Workshop 2

Der Workshop 2 stand unter dem Thema „Bildungsanregungen im öffentlichen Raum schaffen“. Zur Einführung stellte die Jugendinitiative „Aktion Zivilcourage“ ihre Aktivitäten gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in Pirna und Umgebung vor.

Die **Erwartungen der TeilnehmerInnen** an dem Workshop waren ganz unterschiedlich:

- Die einen erhofften sich Anregungen über Möglichkeiten, „schwierige“ Kinder und Jugendliche mit den Themen „Fremdenfeindlichkeit“ und „Zivilcourage“ überhaupt zu erreichen und in gemeinsame Aktionen einzubinden.
- Die anderen waren von Neugier getrieben: Wie funktioniert eine Jugendinitiative, die bereits im Namen das Wort „Zivilcourage“ führt; was waren und sind ihre Motive, aktiv zu werden; welche Erfahrungen haben die jungen Akteure im Rahmen ihrer Arbeit mit ihren Mitmenschen in Pirna gemacht und wie sieht die Bereitschaft aus, die Projekte der Initiative zu unterstützen und an den Aktivitäten teilzunehmen.

Frau Ulbig und Herr Buruck hielten einen sehr lebendigen Vortrag über die zahlreichen Aktivitäten und Veranstaltungen, die seit nunmehr vier Jahren unter dem Dach der Aktion Zivilcourage laufen. Die Projekt-Präsentation vermittelte den TeilnehmerInnen einen guten inhaltlichen Überblick zur Bandbreite der Angebote. Der Vortrag war angereichert mit vielen Fotos, die das ehrenamtliche Engagement der jungen Akteure veranschaulichten.

Seitens der TeilnehmerInnen, die allesamt von der Professionalität und dem Engagement der beiden ReferentInnen beeindruckt waren, stellte sich nach dem Beitrag die Frage:

Warum und wie funktioniert es in Pirna, Bildungsanregungen im öffentlichen Raum für junge Menschen zu schaffen?

- **Es braucht engagierte junge Menschen.** Jugendlichen wird häufig vorgeworfen, sie hätten „keinen Bock“, sich aktiv für eine Sache einzusetzen. Die Erfahrungen in Pirna haben gezeigt, dass sich Jugendliche sehr wohl mobilisieren lassen, wenn ihre Interessen angesprochen und berücksichtigt werden. Und das liegt nicht an den besonderen Umständen der hohen Präsenz einer rechten (Politik-)Szene in Pirna. Bei al-

len Aktivitäten, die die Jugendinitiative ins Leben ruft, spielt **Musik und ein kreativer Freiraum**, wo die Kinder und Jugendlichen auf breiter Basis mit gestalten können, eine große Rolle.

- **Es braucht Kooperationen.** Ohne die Zusammenarbeit mit den VertreterInnen öffentlicher und anderer Einrichtungen wäre es nicht möglich gewesen, eine so hohe Akzeptanz und Unterstützung unter der einheimischen Bevölkerung zu erreichen. Nicht zu vergessen ist dabei auch der Aspekt der finanziellen Förderung durch ganz unterschiedliche Geldgeber, ohne die kein Projekt umgesetzt werden könnte.
- **Es braucht Überzeugungskraft, gemeinsam aktiv zu werden.** Bei jedem Projekt, das unter dem Logo der Aktion Zivilcourage initiiert wird, werden Partnerschaften gebildet. Bei den regelmäßig stattfindenden Konzerten sind es z.B. die Gaststättenbetriebe. Die Jugendinitiative leistet die Vorbereitungen und die Organisation, die Bereitstellung der Räumlichkeiten und die Kosten für die Musikgruppen übernimmt die Gaststätte, die über den Verzehr die Kosten wieder hereinbekommt.
- Grundlage ist ein **soziokulturelles Konzept ohne räumliches (Veranstaltungs-) Zentrum**. Der Motor, das kreative Zentrum für die Entwicklung, Organisation und Durchführung der unterschiedlichen Angebote ist ein Kern von etwa 30 Jugendlichen aus Pirna und Umgebung. Die Initiative hat zwar eine Anlaufstelle, aber die Projekte werden jeweils mit unterschiedlichen Partnern (Schule, Jugendamt, Gastronomie, Polizei, Vereine, Stiftungen ...) durchgeführt, d.h. die Örtlichkeiten wechseln von Projekt zu Projekt. Um jeweils den Bezug zwischen den Aktivitäten und der Initiative herzustellen, wurde **ein Corporate Design** entwickelt, zu dem u.a. das Logo, Broschüren, Flyer und der Auftritt im Internet gehören.

Gianna Hennig

Workshop 3:
Peergroups wahrnehmen und einbeziehen - Beteiligung der „Schwierigen“

Keimzeit – ein soziales Kompetenztraining für Jugendliche

Einführung

Drudel 11 e.V. ist ein freier Träger der Jugendhilfe und feierte im Februar 2003 sein 10 - Jähriges Bestehen.

Die Hauptbetätigungsfelder, die der Verein in der Vergangenheit entwickelt hat, sind:

- die **Schulsozialarbeit** an drei Jenaer Schulen, mit den Schwerpunkten: Einzelfallhilfe, Arbeit mit Interessen- und Neigungsgruppen, soziale Trainings, Stadtteilarbeit,
- das **Jugendkriminalitätspräventionsprojekt** (JKPP),
- die **Ausbildung TEO** - TrainerIn für erlebnispädagogische Kurse und Outdoor-Trainings,
- **erlebnispädagogische Kurse** und Outdoor- Trainings in Schulen und sozialen Einrichtungen,
- der **Eventservice** (mobile Kletterwand, Hochseilgarten etc.).

Kooperationspartner: Schule

Die **Johann-Gutenberg-Schule** in Jena ist eine Staatliche Regelschule. Sie ist eine offene Ganztagschule mit Freizeitangeboten. Die Schule selbst bietet Lernförderung und Arbeitsgemeinschaften an und stellt ihre Räume für Freizeitangebote sozialer Einrichtungen und freier Träger aus ihrem Umfeld zur Verfügung. Die Schule ist beteiligt an dem Förderprogramm „Gesunde Schule“ der Robert Bosch Stiftung, dem Lernnetzwerk „Lebenslanges Lernen“ der Bertelsmann Stiftung und dem Schulversuch „Projektarbeitsprüfung“.

Besonderheiten der Schule:

- Integration behinderter Kinder und Jugendlicher
- Handwerklich- künstlerische Schwerpunktsetzung
- Schulsozialarbeit mit Drudel 11 e.V.
- spezifische Beratungslehrertätigkeiten: Berufsberatung, Suchtprävention, Schulentwicklung

Das Projekt „Keimzeit“ an der Johann-Gutenberg-Schule

Das Projekt „Keimzeit“ ist im Schuljahr 2000/2001 im Bereich Schulsozialarbeit an der Regelschule „Johann-Gutenberg“ in Jena installiert und entwickelt worden. Es ist in Anlehnung an das Konzept „Fit for Life“ des Bremer Institutes NIEB nach Dr. G. Jugert

„Keimzeit“: Job-Training für Jugendliche – Inhalte, Methoden, Ziele -

Inhalte

- **Motivation**
- **Gesundheit**
- **Selbstsicherheit**
- **Körpersprache**
- **Kommunikation**
- **Konflikte 1**
- **Freizeit**
- **Lebensplanung**
- **Beruf und Zukunft**
- **Konflikte 2**
- **Gefühle**
- **Einfühlungsvermögen**
- **Lob und Kritik**

Methoden

- **gelenkte Rollen- und Interaktionsspiele**
- **Experimente und Übungen**
- **Transfer zum Schulalltag, zum Bereich Familie und Freizeit**
- **Feedback**

Ziele

- **Konzentration und Ausdauer**
- **Lern- und Leistungsmotivation**
- **Selbst- und Fremdwahrnehmung**
- **stabiles Selbstbild und realistische Selbsteinschätzung**
- **Selbstkontrolle und Selbststeuerung**
- **Umgehen mit dem eigenen Körper und den Gefühlen**
- **Einfühlungsvermögen**
- **Kooperationsfähigkeit**
- **Umgang mit Lob und Kritik**

in Form von Modulen, die aufeinander aufbauen

und A. Rehder, für die Arbeit mit SchülerInnen der achten Klassen modifiziert und zwei Jahre mit jeweils vier achten Klassen durchgeführt und evaluiert worden. Die Ergebnisse und Resonanzen seitens der SchülerInnen, LehrerInnen, Schulleitung und Eltern waren sehr positiv.

Praktische Umsetzung und Erfahrungen

... Arbeit in Kleingruppen

Die thematischen Trainingseinheiten werden additiv im 14-tägigem Rhythmus zum Sozialkundeunterricht mit jeweils zwei TrainerInnen in einer Doppelstunde à 90 min. durchgeführt. Die Klasse wird dazu in zwei Kleingruppen aufgeteilt, und zwar bei jedem Modul neu. Je nach Thema und Gruppensituation führen wir das Thema auch in geschlechtsspezifischen Kleingruppen durch.

... Training prozessorientiert angelegt

Während im ersten Jahr die Trainerinnen zwei Sozialpädagoginnen waren und die Lehrerin in der beobachtenden Rolle war, um sich mit den Inhalten des Trainings, der Umsetzung, aber vor allem mit dem spe-

ziellen Trainerverhalten vertraut zu machen, setzt sich das Team nun aus einer Lehrerin und einer Sozialpädagogin bzw. einem Sozialpädagogen zusammen, was sich in der fachlichen Entwicklung, Auseinandersetzung und Auswertung des Trainings aus unserer Sicht sehr gut ergänzt. Das Besondere ist, dass die Lehrerin, die gewöhnlich ergebnisorientiert mit den SchülerInnen arbeitet und deren Leistungen bewerten muss, als Trainerin prozessorientiert einen Raum schaffen muss, in denen sich SchülerInnen ohne Leistungsdruck und Bewertung öffnen, sich ausprobieren und Erlebtes reflektieren können.

Unsere Erfahrung hat gezeigt, dass es sehr wohl möglich ist, dass die Lehrerin zum einen selbst diesen Rollenwechsel von der Lehrerin zur Trainerin vollziehen kann und zum anderen, dass es auch den SchülerInnen gelingt, diese Trennung zu erkennen und zu akzeptieren.

... Vertrauen schaffen braucht Zeit

Damit die SchülerInnen eigene positive und negative Erfahrungen, die sie mit ihrer Umwelt erleben, einbringen, im Rollenspiel Szenen aus ihrem Alltag nachstellen und spielerisch neue Lösungsansätze finden

Psychokacke oder Fit for Life – ein Bericht über das Bremer Konzept

... Normalerweise erarbeiten Gert Jugert und seine Kollegen Therapien für verhaltensgestörte Kinder und Jugendliche. Um Jugendlichen den Einstieg ins Berufsleben zu erleichtern, entwickelten sie das Programm Fit For Life, finanziell unterstützt von Bund und EU. Fit For Life soll das Sozial-, Lern- und Arbeitsverhalten der Jugendlichen verbessern und sie damit vor sozialer Desintegration bewahren. Wie das funktioniert, erklärt Projektleiter Jugert: "Die Schüler lernen, die eigenen Fähigkeiten realistisch einzuschätzen, mit Lob und Misserfolg umzugehen und mit anderen zusammenzuarbeiten." Ein stabiles Selbstbild, Initiative und Kooperationsfähigkeit sind die Ziele. Berufliche Schlüsselqualifikationen also, die als "soft skills" in kaum einer Stellenanzeige fehlen. Entsprechend sind die Module des Programms zusammengestellt: Motivation, Selbstsicherheit, Kommunikation, Körpersprache, Lebensplanung, Beruf und Zukunft, Konflikttraining, Lob und Kritik, Einfühlungsvermögen.

Damit bekommen die Schüler etwas an die Hand, was für Manager, Politiker und Angestellte vieler Berufe seit Jahren selbstverständlich ist: ein "Coaching", also Beratung und Training.

Bis sie allerdings rundum motivierte, offene und kooperative Mitarbeiter sind, müssen die Schüler eine Menge "Psychokacke" mitmachen. So jedenfalls empfinden viele das Training. Über Probleme, Ängste und Versagen zu sprechen, steht bei Jugendlichen nicht besonders hoch im Kurs, klingt nach "Weiberkram". Wie nehmen mich andere wahr? Wo bin ich unsicher, aufbrausend oder verletzend? All diese Diskussionen sind ein Stück Selbstentblößung und "gar nicht cool". Das kostet Überwindung. Meistens reden die Mädchen, die

Jungs manipulieren an Handys herum, schauen betreten zu Boden und hüllen sich in hartnäckiges Schweigen.

"Die brauchen einfach Zeit", sagen die beiden Psychologen, die das Training leiten. "Manche tauen erst nach vielen Wochen auf, wenn sie die Gruppe besser kennen." Sind die anfänglichen Widerstände aber erst einmal abgebaut, reden die Jugendlichen auch über Gefühle, üben mit zunehmendem Interesse, eigenes und fremdes Verhalten wahrzunehmen, zu beurteilen - und zu verändern. Damit vor allem Schulabbrecher, für die alles Schulische "einfach Scheiße" ist, keine Berührungängste mit dem Training entwickeln, ist das Ganze locker und handlungsorientiert gehalten. Nichts soll an trockene Wissensvermittlung erinnern. Dabei helfen Rollenspiele, Collagen, Zeichnungen und Videoaufnahmen. Die eigene Lebensplanung beispielsweise wird Schritt für Schritt einmal durch den ganzen Raum abgeschrieben. Bei jedem Schritt überlegt Marius, wie er sich jetzt fühlt und was er als nächstes erreichen möchte. Selbst der hartnäckigste unter den Schweigern wird bei dem Spiel gesprächig. Immer wieder wird das Erlebte und Beobachtete auf die Arbeitswelt bezogen. Kritik wird ausschließlich konstruktiv geübt. "Viele Jugendliche müssen sich überhaupt erst über ihre Stärken klar werden, bevor sie darüber nachdenken können, wie sie die im Berufsleben einsetzen können", erzählt Jugert. Hier greift die normale Berufsvorbereitung zu kurz, weil sie die Persönlichkeit der Jugendlichen außen vor lässt. ...

Quelle: Tenzer, Eva; Aus: Freitag, die Ost-West-Wochenzeitung, 21.04.2000
<http://www.freitag.de/2000/17/00170702.htm>

können, ist ein hohes Maß an Vertrauen und verantwortungsvollem Umgang mit dem Wissen aus den Trainingseinheiten unbedingt notwendig. Das bezieht sich zum einen auf die TrainerInnen, zum anderen aber auch auf die SchülerInnen selbst.

Generell braucht es Zeit (ca. die ersten drei Module), bis sich die SchülerInnen auf diese „freie“ Form des Lernens einlassen und deren Wert für sich selbst erkennen können. Darum versuchen wir in den ersten Trainingseinheiten geduldig zu sein, wenn es noch sehr unruhig zugeht und wir nicht gleich die Konzentration erreichen, die wir uns wünschen. Da es aber in jedem Modul um die SchülerInnen selbst geht, entwickelt sich erfahrungsgemäß eine positive Atmosphäre, in denen intensive Trainingseinheiten im Laufe der Zeit möglich werden.

... bewertungsfrei soziale Kompetenzen stärken können

Die Innovation des Projekts „Keimzeit“ besteht in der intensiven Kooperation zwischen Schul- und SozialpädagogInnen in unmittelbarer Zusammenarbeit mit den Jugendlichen. Es kann auf Probleme des Einzelnen, sowie auf Schwierigkeiten der Gruppe (z.B. Außenseiterproblematik, Gruppenzwang) mit Methoden der sozialpädagogischen Arbeit zeitlich aktuell und effektiv eingegangen werden.

Mit dem Projekt „Keimzeit“ wird den Jugendlichen im Schulalltag bewusst ein Raum geschaffen, indem sie bewertungsfrei ihre sozialen Kompetenzen stärken können, was sich sehr positiv auf die persönliche Entwicklung der SchülerInnen und das Klima in der Klasse auswirkt.

Die kontinuierliche Durchführung des Trainings ermöglicht den SchülerInnen über ein Schuljahr hinweg, bewusst auf sich selbst, ihre Gruppensituation und ihr Lernklima zu schauen. Das wirkt aus unserer Sicht nachhaltig in die folgenden Schuljahre hinein.

Zwischenbilanz

An der „Johann-Gutenberg-Schule“ ist das soziale Training ein fester Bestandteil für den achten Jahrgang im Sozialkundeunterricht geworden. Das Angebot wird von SchülerInnen und Eltern positiv aufgenommen, weiterhin gewünscht und empfohlen. Das ermutigte uns, „Keimzeit“ mit Hilfe des Jugendamtes und des Schulamtes auch an anderen Jenaer Regelschulen zu etablieren.

Seit August 2002 ist „Keimzeit“ als Pilotprojekt an drei weiteren Regelschulen eingeführt worden. Das Kooperationsprojekt lief

in der Modellphase fünf Monate und wurde aus Fördermitteln der „Sozialen Stadt“ im Rahmen des KuQ-Programms gefördert.

Ziel des Kooperationsprojektes war es, zum einen das Kompetenztraining für SchülerInnen als Modellphase mit Fachleuten an die Schulen zu bringen; zum anderen die SchulsozialarbeiterInnen und LehrerInnen zu beraten und zu befähigen, das Training nach Abschluss des Projektes in ihrer jeweiligen Schule selbstständig durchzuführen und weiter zu entwickeln.

Das Projekt wurde von der Universität Jena wissenschaftlich begleitet. Die Projekterfahrungen wurden im Rahmen einer Fachtagung erörtert.

Kontakt:

Drudel11 e.V.
Gianna Hennig
Friedrich-Wolf-Str. 2, 07 743 Jena
Telefon 03641/35 65 63
eMail info@drudel11.de
Internet www.drudel11.de

Erfahrungsaustausch

Workshop 3

Die Ausführungen von Frau Gianna Hennig zu dem sozialen Kompetenztraining für Jugendliche wurde von den TeilnehmerInnen des Workshops mit großem Interesse verfolgt. In der anschließenden Diskussion wurden folgende Themenkomplexe behandelt bzw. hervorgehoben:

■ Zusammenarbeit von Schule und Schulsozialarbeit

„Keimzeit“ ist ein innovatives und beispielgebendes Projekt. Das Vorhaben zeigt, dass eine Zusammenarbeit von Schule und Schulsozialarbeit dann möglich ist, wenn eine gleichberechtigte Kooperation zwischen Jugendhilfe und Schule stattfindet. Es sollte keine einseitige Partnerschaft existieren, bei der der Zugang ausschließlich über Schulsozialarbeit realisiert wird. Auf diese Weise kann ein methodischer Austausch zwischen LehrerInnen und SozialpädagogInnen initiiert werden, der zu gegenseitigen Lerneffekten führt.

- **Nachhaltigkeit von Projekten**
Bei Projekten dieser Art ist von Beginn an ein langer Atem notwendig. Erst nach ca. einem Jahr stellten sich im Projekt „Keimzeit“ erste sichtbare Erfolge ein. Die Ergebnisse des Projekts zeigen deutlich, dass sich die Mühe einer langfristigen Herangehensweise am Ende auf jeden Fall lohnt. Die Nachhaltigkeit des Projekts „Keimzeit“ wird nicht zuletzt durch eine Nachbetreuung der SchülerInnen in der 9. Klasse – z.B. in Form eines Bewerbertrainings unterstützt. Dort zeigen sich eindeutige Effekte hinsichtlich der Verbesserung sozialer Kompetenzen.
- **Verbesserung des Schulklimas**
Das Projekt „Keimzeit“ beteiligt sich sinnvoll an der Schulentwicklung und trägt zu einer Verbesserung des Schulklimas bei. Zahlreiche Rückmeldungen von SchülerInnen, Eltern und LehrerInnen betonen die positiven Auswirkungen des Projekts auf die Atmosphäre an der Ganztagschule in Jena. Das Kompetenztraining wurde daher mittlerweile an dieser Schule fest installiert.
- **Integration in den Unterricht**
Ein soziales Kompetenztraining sollte in den Unterricht integriert werden. Die entsprechenden Trainingseinheiten müssen daher während der Unterrichtszeit stattfinden. Dies sollte jedoch mit einem eindeutigen Bezug zum Lehrplan geschehen. Im konkreten Beispiel sind dies z.B. die Lehrplanthemen „Erlebnispädagogik“ und „Erwerb sozialer Kompetenzen“.
- **Übertragung auf andere Schulen und Schulformen**
Soziale Kompetenzen sind wichtig für alle Schulformen. Daher wurden von den TeilnehmerInnen des Workshops die Perspektiven der Übertragung des „Jenaer Modells“ auf andere Schulen/Schulformen thematisiert und als sinnvoll angesehen. Zurzeit wird das soziale Kompetenztraining an drei Regelschulen durchgeführt, die sich in Quartieren der „Sozialen Stadt“ befinden. Auch hier wird von ersten positiven Erfahrungen berichtet. Eine längerfristige Projektphase ist jedoch derzeit in Frage gestellt, weil (bisher) nur eine Finanzierung für die ersten sechs Monate gesichert ist.

Jan Zychlinski

Soziale Stadt stärken - Die Bundesarbeitsgemeinschaft Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit

Pressemitteilung zur Gründung der BAG

Im hessischen Gelnhausen wurde am 7. November 2002 die Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit gegründet. In den geschäftsführenden Vorstand wurden Hartmut Fritz, Frederick Groeger und Rheinhard Thies gewählt. Aus Leipzig gehören dem Vorstand Professor Lothar Stock von der Hochschule für Technik, Wirtschaft und Kultur sowie Jan Zychlinski vom Quartiersmanagement Grünau WK8 an, das sich in der Trägerschaft des Caritasverbandes Leipzig e.V. befindet.

„Die Gründung der Bundesarbeitsgemeinschaft Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit ist eine schlüssige Reaktion auf die aktuellen Entwicklungen zur Gestaltung der Sozialen Stadt, der Diskussion um Stadtumbau und die konsequente Weiterentwicklung der Arbeit in der BAG Soziale Brennpunkte“, erläuterte Hartmut Fritz die Notwendigkeit einer bundesweiten Plattform. Der neu gewählte Vorsitzende erinnerte in seiner Antrittsrede an die Erfolge der Akteure in der Sozial- und Jugendhilfe, aber auch an die sich verändernde Problemlage:

„Die Gemeinschaftsinitiative ‚Soziale Stadt‘, der Stadtumbau in Ost und West und die Prozesse der Lokalen Agenda 21 stellen die kommunalpolitisch Verantwortlichen und die Akteure der sozialen Arbeit in Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf vor neue Aufgaben“, stellt Fritz fest. Wer die sozialraumorientierte Vernetzung der Akteure fordere oder die Beteiligung der Betroffenen im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung gewährleisten will, müsse das Prinzip Gemeinwesenarbeit zu einer Basis des gemeinsamen Handelns machen, so eine Forderung der BAG-Gründer.

BAG als Kommunikations- und Informationsplattform

Die Bundesarbeitsgemeinschaft versteht sich als Kommunikations- und Informations-

plattform, als Ideenträger und partnerschaftlicher Berater. „Schließlich verfügen wir mit unseren Mitgliedern über ein breites Spektrum an Erfahrung und fachlichem Wissen“, bestätigt das Vorstandsmitglied Frederick Groeger. So gehören zu den BAG-Gründungsmitgliedern lokale und landesweite Netzwerke sowie verschiedenste Träger und Einrichtungen der sozialen Arbeit. „Stadtentwicklung ist eben nicht mehr Monopol der Stadtplaner und Architekten, sondern ein fachübergreifender Prozess“, setzt Groeger fort.

Gemeinwesenarbeit als Arbeitsprinzip ist nach Ansicht der BAG-Mitglieder der zentrale Baustein eines integrierten Handlungskonzeptes und daher müssen die Aspekte der Sozialraumorientierung, die vielfältigen Formen der Partizipation und die Potenziale der örtlichen Akteure herausgestellt und gefördert werden. „Es reicht eben nicht aus, die Beteiligung der Anwohner als Feigenblatt vor sich her zu tragen, um Fördergelder zu akquirieren. Vielmehr müssen Entscheidungen über die Stadtteile in den Stadtteilen getroffen werden“, so eine weitere Forderung der BAG.

Was heißt Gemeinwesenorientierung?

Gemeinwesenorientierung hat in den neuen Bundesländern eine ganz eigene Tradition. Die spezifische Qualität nachbarschaftlicher Unterstützung und solidarischen Handelns in der Gesellschaft der ehemaligen DDR unterschieden sich deutlich von den sozialpolitisch und sozialarbeiterisch geprägten Ansätzen der Gemeinwesenarbeit in der alten Bundesrepublik. Sich ohne Verklärung auf diese Tradition zu beziehen und die ihr innewohnenden Potenziale weiter zu entwickeln, kann und sollte einen eigenen Beitrag der neuen Bundesländer für die Entwicklung stadtteilorientierter Arbeit darstellen.

Gerade hier bietet der Prozess des Stadtumbau Ost sowie die Programme „Soziale Stadt“ und URBAN II die Chance, neue stadträumliche Qualitäten mit einer gezielten Entwicklung der sozialen Infrastruktur und des Gemeinwesens zu verbinden, in die eine Vielzahl von Akteuren und BewohnerInnen der Quartiere einbezogen werden. Dazu bedarf es jedoch einer gezielten Abstimmung und gemeinsamer Interessenvertretung von Trägern des Quartiersmanagements und der Stadtteilarbeit, um den neuen Anforderungen auch eine neue Qualität der Arbeit entgegenzusetzen. Mit der Gründung

der BAG werden ähnliche Bestrebungen auf Landesebene deutlich unterstützt, die bereits seit geraumer Zeit nahezu alle Quartiersmanagements und auch einige Stadtteilprojekte in Sachsen zusammenführen.

Berufsbegleitende Qualifizierung geplant

Ein weiteres Ziel der BAG ist die berufsbegleitende Qualifizierung von Fachkräften im Quartiersmanagement, mit der man im kommenden Jahr beginnen will, wozu eine Unterstützung der beteiligten Bundesministerien nötig ist. Gleichzeitig sei man in Kooperation mit Hochschulen bestrebt, das Profil von Gemeinwesenarbeit in den sozialen Studiengängen stärker zu betonen oder wenn erforderlich, einen eigenen Ausbildungsgang zu entwickeln.

Der noch zu berufende BAG-Beirat aus Vertretern der Wissenschaft, der Verbände der freien Wohlfahrtspflege und Partnerorganisationen könnte hierbei eine wichtige Rolle übernehmen. Bereits bei der Gründungsveranstaltung bekundeten Vertreter von Caritas und Diakonie ihr Interesse an einer aktiven Mitwirkung in der BAG. „Das ist ein wichtiges Signal und Bestätigung unseres Engagements“, freut sich der Vorsitzende der Bundesarbeitsgemeinschaft Hartmut Fritz: **„Denn wenn wir die Soziale Stadt stärken wollen, brauchen wir Kooperation und Mitarbeit auf allen Ebenen.“**

Kontakt:

BAG Soziale Stadtentwicklung und
Gemeinwesenarbeit / QM Leipzig-Grünau
Jan Zychlinski
Brackestr. 38, 04207 Leipzig
Telefon 0341/22 56 483
eMail qm-gruenau-wk8@web.de
www.quartiersmanagement-gruenau.de

Prof. Dr. Helmut Lukas

Der Bildungsauftrag der Kinder- und Jugendhilfe in der Jugendhilfeplanung - regionale Strategien zur Umsetzung außerschulischer Bildungsarbeit für Benachteiligte auf der Grundlage integrierter Planungsansätze

Entwicklung und Konsolidierung der Jugendhilfeplanung als Voraussetzung für eine integrierte Planung

Die Entwicklung der Jugendhilfeplanung als wichtiges Aufgabenfeld der kommunalen Jugendhilfe begann mit ersten planerischen Ansätzen in den 60er Jahren (Prüß/Tschoepe 1974), ihnen folgte eine Ausbauphase in den 70er und 80er Jahren (Deutsches Institut für Urbanistik 1978), bis schließlich der bundesweite Durchbruch mit dem KJHG 1991 gelang. Seitdem gibt es auf allen Ebenen, auch gestützt durch entsprechende Fachliteratur (Jordan/Schöne 1998), geradezu boomartige Bestrebungen, **Jugendhilfeplanung als Fachplanung der Jugendhilfe** organisatorisch, personell, methodologisch und schließlich auch methodisch zu etablieren. Im Zuge dieser Entwicklung kristallisierten sich folgende **Merkmale von Jugendhilfeplanung** heraus:

- Sie ist eine auf bestimmte Zielgruppen bezogene und an deren Bedarf orientierte Fachplanung.
- Sie ist ein Instrument zur Steuerung von Leistungen und Aufgaben der Jugendhilfe durch die systematische Verknüpfung von Zielen, Mitteln und Vorgehensweisen.
- Sie fußt auf einem fachlichen Diskurs.
- Sie ermöglicht einen kommunikativen Prozess zur fachlichen, fachpolitischen und kommunalpolitischen Willensbildung.

Als **Leitlinien** einer solchen offensiv orientierten Jugendhilfeplanung gelten:

- Sozialraumorientierung statt gleichmäßiger Flächenversorgung
- Orientierung an Problemen von jungen Menschen statt an Bedürfnissen von Institutionen

- Offene Prozessplanung statt an Statistiken orientierter Fortschreibung
- Einmischung in andere gesellschaftliche Problemfelder statt Abgrenzung der Jugendhilfe
- Partizipation statt Fremdbestimmung der AdressatInnen.

Die Situation und Konkurrenzsituation auf kommunaler Ebene in Bezug auf Planung und Planungs-Know-how war und ist ausgesprochen überschaubar:

- Stadt-/Kreisentwicklungsplanung als übergreifende **Gesamtplanung** für eine Region.
- Eine Ebene darunter die **unterschiedlichen Fachplanungen** wie Verkehrsplanung, Wirtschaftsplanung, Schulentwicklungs- bzw. Schulleitplanung als in erster Linie an demographischen Fakten orientierte Ressourcenplanung.
- und schließlich auch die **Sozialplanung** mit ihren **Teilfachplanungen**, wie Planungen für Menschen mit Behinderungen, junge Menschen (Jugendhilfeplanung) und alte Menschen (Altenhilfeplanung).

Kommunale Sozialplanungen mit ihren Teilfachplänen als Produkte waren und sind in erster Linie Planungen von Angeboten und Einrichtungen für definierte Zielgruppen (Infrastrukturplanung).

Auf die Idee, diese kommunalen Planungen zu integrieren, da sie sich ja alle auf ein gemeinsames Territorium beziehen, kam man gar nicht erst, weil die planenden Behörden des öffentlichen Trägers schon in der täglichen Arbeit wenig Berührungspunkte hatten und ihnen häufig auch die Einsicht in die jeweils anderen Tätigkeitsfelder und die damit zusammenhängenden Planungsnotwendigkeiten und -ziele fehlte.

Man pflegte seinen Planungsauftrag arbeitsfeldspezifisch zu erfüllen, die Vorstellung etwa, Stadt- bzw. Kreisentwicklungsplanung müsse die Jugendhilfeplanung als spezifische Fachplanung integrieren, scheiterte häufig schon an den unterschiedlichen Denksystemen derjenigen Professionen, die diese Planungen zu verantworten und durchzuführen hatten.

Konsequenz war, dass auch die Jugendhilfe als rechtlich und fachlich ziemlich autonomes Handlungsfeld danach strebte, basierend auf grundlegenden Entwicklungsarbeiten zur Sozialplanung (Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge 1986), für ihr eigenes Handlungsfeld festen planerischen Grund zu finden.

Eine jüngst veröffentlichte Untersuchung des Deutschen Jugendinstitutes (DJI) weist aus, dass dies in den östlichen Bundesländern noch besser gelungen zu sein scheint als in den westlichen Bundesländern. Es zeigt sich aber auch, dass vorwiegend Teilplanungen durchgeführt werden (van Santen u.a. 2003, S. 397).

Am häufigsten genannt wurden Kita-Pläne (Ost: 100 %; West: 83 %), was nicht verwunderlich ist, da die jährlichen Zuschüsse der überörtlichen öffentlichen Träger von der Vorlage solcher Pläne abhängig gemacht werden.

Danach folgen schon Jugendförderpläne zur Umsetzung der §§ 11, 12 und 14 KJHG, deren Vorlage in einigen Bundesländern ebenfalls Voraussetzung für den Erhalt von Landeszuschüssen ist (Ost: 89 %; West: 69 %), und Hilfen zur Erziehung (Ost: 78 %; West: 58 %). Deutlich seltener wird das Arbeitsfeld Jugendsozialarbeit (gem. § 13 KJHG) von den Kommunen und Kreisen planerisch bearbeitet (Ost: 56 %; West: 27 %).

Insgesamt weisen diese Ergebnisse der bundesweiten Bestandsaufnahme der jugendhilfespezifischen Planungen darauf hin, dass **die vor- und außerschulische Bildung einen deutlichen Schwerpunkt der planerischen Bemühungen** auf kommunaler Ebene bildet.

Betrachtet man die Angebotspalette unter der Altersperspektive der Kinder und Jugendlichen, so bezieht die Mehrzahl aller Jugendhilfeplanungen in den östlichen Bundesländern die außerschulische Bildungslandschaft explizit mit ein, als da wären:

- **Kindertagesstätten**, insbesondere Kindertages- und Hortangebote als Bildungsangebote,
- gefolgt von den **Angeboten der Jugendarbeit nach § 11 KJHG**, insbesondere der außerschulischen Bildungsarbeit, deren Vielfalt im Abs. 3 Nr.1 nicht abschließend aufgeführt ist, sowie der arbeitswelt- und schulbezogenen Jugendarbeit (Nr. 3) und der internationalen Jugendarbeit (Nr. 4) und
- schließlich auch die **Angebote der Jugendsozialarbeit** (§ 13 KJHG).

Bei letzteren wird im § 13 Abs. 4 KJHG ausdrücklich auf die Abstimmung der Maßnahmen mit der Schulverwaltung, der Bundesanstalt für Arbeit, den Trägern betrieblicher und außerbetrieblicher Ausbildung sowie den Trägern von Beschäftigungsmaßnahmen gefordert.

Diese generellen Aussagen zur Planungsaktivität und -vielfalt im Handlungsfeld der Jugendhilfe sagen wenig aus über die Mittelverteilung zwischen den Angebotsfeldern. Hier ist inzwischen eine extreme Schieflage entstanden, indem bundesweit rund 63 % der Mittel der Jugendhilfe in die Tagesbetreuung der Kinder fließen und lediglich 9 % in den relativ breiten Angebotsbereich der Kinder- und Jugendarbeit, des erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes und der Jugendsozialarbeit, obwohl es doch in § 79 Abs. 2 KJHG so schön heißt:

„Von den für die Jugendhilfe bereitgestellten Mittel haben sie (die Träger der öffentlichen Jugendhilfe) einen angemessenen Anteil für die Jugendarbeit zu verwenden.“

Angesichts dieser Ungleichverteilung der Mittel werden die älteren Kinder und Jugendlichen erheblich benachteiligt, mit negativen Folgen für die Möglichkeiten der Jugendhilfe, kompensatorische Bildungsangebote für diese Zielgruppe anzubieten.

Diese jugendhilfeinterne Ungleichgewichtigkeit der einzelnen Altersgruppen im Hinblick auf die Versorgung mit Bildungsangeboten ist Ergebnis des Rechtsanspruchs auf einen Kita-Platz für 3- bis 6-Jährige und der zunehmenden Verknappung der kommunalen Mittel. Die Sicherung von Rechtsansprüchen (Kita und HzE) zu Ungunsten der Mittel für die allgemeinen sozialisatorischen Aufgaben der Jugendhilfe machen diese zunehmend mangels finanzieller Spielräume handlungsunfähig. Und das hat natürlich Konsequenzen für die Gestaltungsspielräume in Bezug auf Angebote der außerschulischen Bildung.

Bildung als Präzedenzfall für die Koproduktion im Sozialraum

Bildung ist nicht alleinige Aufgabe der Jugendhilfe, sondern in erster Linie der Schule und natürlich auch der Eltern. Die Diskussionen um die Gestaltung von Bildungsprozessen ist so alt wie diese selbst. Wo und in welchem Rahmen und mit welchen Mitteln Bildung stattfinden soll, ist eine schulübergreifende Thematik, es scheint aber bisweilen so, als entledigten sich alle Institutionen dieses Themas zu Lasten der Schule. Diese habe primär für die Bildung der jungen Menschen zu sorgen, alle anderen hätten lediglich kompensatorische Aufgaben zu übernehmen, und zwar erst dann, wenn Schule versagt. Die Diskussionen um Schulmüdigkeit und Schulverweigerung, um die zunehmende Zahl von Analphabeten

und Jugendlichen ohne Schulabschlüsse, um Gewalt an Schulen und die zunehmende Zahl von Verhaltensauffälligkeiten bei Schülern einerseits, und Frust und Burn-out der Lehrer andererseits deuten darauf hin, dass es der Schule nicht mehr in ausreichendem Maße gelingt, ihren Bildungsauftrag umfassend und in jedem Einzelfall zu erfüllen. Dies trifft insbesondere dann zu, wenn die schulischen Leistungsanforderungen an junge Menschen gerichtet werden, deren soziale Situation und deren Bildungsvoraussetzungen im Elternhaus eher ungünstig sind. Bei auftretenden Schwierigkeiten zeigt sich das „System Schule“ dann häufig als überfordert (Brocke 2002, S. 5). Die Folgen haben dann häufig die Jugendlichen zu tragen. So weist die BiBB/EMNID-Untersuchung (Bundesministerium für Bildung und Forschung 1999) eindeutig einen Zusammenhang zwischen der Qualität des Schulabschlusses und den Ausbildungschancen nach und als Folgeproblem das besondere Arbeitsmarktrisiko von Jugendlichen, die – aus welchen Gründen auch immer – über keinen formalen Ausbildungsabschluss verfügen. Als Abhilfe werden präventive Unterstützungssysteme für die betroffenen Familien und Jugendlichen gefordert:

- im Vorschulbereich durch gezielte Förderung „auffälliger Kinder“,
- in der Schule durch Schulsozialarbeit,
- in der Jugendhilfe durch schulbezogene Jugendarbeit (Schularbeitszirkel, Nachhilfeunterricht u.ä.) (Lukas/ Krieter/ Lukas 2000, S. 74).

Die Konsequenz aus dieser Jugendhilfe übergreifenden Sicht muss sein:
Eine Koproduktion und deren gezielte Planung zur Bearbeitung negativ wirkender Bildungsvoraussetzungen, zur Überwindung von Bildungshemmnissen und zur Gestaltung erfolversprechender Bildungsprozesse tut Not!

Räumliche und fachliche Voraussetzungen für eine gelingende Koproduktion

Grundlage der Jugendhilfe ist schon seit längerem die räumliche Sichtweise von Problemstellung und –bearbeitung. Diese Sichtweise wird in vielen Jugendämtern durch eine auf Sozialraumanalysen basierende und zunehmend für die unterschiedlichen kommunalen Dienste vereinheitlichte sozialräumliche Gliederung verstärkt. Bereits in den nach § 80 KJHG geforderten

Bestandsaufnahmen im Rahmen der Jugendhilfeplanung wird häufig nicht nur die Jugendhilfeeinfrastruktur sozialräumlich gegliedert, sondern auch soziale, schulische und medizinische Angebote und Anbieter erfasst und dargestellt.

In vielen Kommunen laufen die sozialräumlich differenzierten demographischen Daten sowie die statistischen (Interventions-) Daten aus Jugendhilfe, Schule, Sozial- und Gesundheitsämtern in einem Datenpool zusammen, so dass sich zeitnah und differenziert die aktuelle Situation und Entwicklungsprozesse datengestützt und sozialraumspezifisch darstellen lassen.

Die **Grundlagen einer bedarfsorientierten, integrierten Planung**, nämlich sozialräumliche Darstellung, Analyse und Bewertung sowie Bestandsaufnahme aller einschlägigen Anbieter von Jugendhilfeeinrichtungen und –diensten über Schulen bis hin zur sozialen und gesundheitsbezogenen Infrastruktur ist vielerorts bereits vorhanden.

Der Schritt hin zu einer sozialraumorientierten, integrierten Planung unter Berücksichtigung der Bedürfnisse der AdressatInnen dürfte eigentlich nicht mehr so schwierig sein. Denn in § 81 KJHG wird die Jugendhilfe zur Zusammenarbeit mit anderen Stellen und öffentlichen Einrichtungen, deren Tätigkeit sich auf die Lebenssituation junger Menschen und ihrer Familien auswirkt, verpflichtet. Diese offensive Ausrichtung der Jugendhilfe hat seit der Propagierung des Einmischungsprinzips und dessen Betonung im Achten Jugendbericht (1990) zunehmend Bedeutung für die planerische Sicht der Probleme von benachteiligten Jugendlichen als einer relevanten Zielgruppe nicht nur der Jugendhilfe gewonnen. Die Verpflichtung der Jugendhilfe zur Zusammenarbeit mit anderen Stellen und öffentlichen Einrichtungen macht darüber hinaus deutlich, dass Jugendhilfeplanung nicht als isolierte Fachplanung missverstanden werden darf.

„Wenn Planung in der Jugendhilfe den Anspruch auf Verbesserungen der Lebensbedingungen von Kindern, Jugendlichen und ihren Familien einlösen will, so muss sie sich als Bestandteil einer kommunalen Sozial- und Entwicklungsplanung verstehen. In diesem Sinne hat sich Jugendhilfeplanung auch als ein Korrektiv zu anderen Planungen (z. B. Flächennutzungs-, Raum-, Verkehrs- und Bildungsplanungen) zu verstehen.“ (Jordan/Schone 1998, S. 78).

Räumliche Benachteiligung in Form von Infrastrukturdefiziten, die Entwicklung zum

sozialen Brennpunkt und individuelle Benachteiligung durch familiäre und Bildungs- sowie Ausbildungsdefizite stehen, wie man seit langem weiß, in einem engen Zusammenhang. Gesellschaftliche Ausgrenzungs- und Marginalisierungsprozesse führen, das zeigt sich in den Plattenbausiedlungen überdeutlich, zu einer (sozial-) räumlichen Konzentration von Personen, Bevölkerungsgruppen und Haushalten, die in ähnlicher Weise verarmt, diskriminiert oder benachteiligt sind.

Abgegrenzte Planungen wie Jugendhilfeplanung, Schulplanung oder bauliche und wirtschaftliche Stadt(teil)entwicklungsplanung sind jede für sich Stückwerk und überfordert, der umfassenden Probleme der dort lebenden Menschen Herr zu werden. Sie werden auf Grund dieser Einsicht förmlich gezwungen, ihre fachspezifischen Herangehensweisen und Planungskonzepte zu verbinden, um sie schließlich zu einem gemeinsamen Planungsvorhaben zu verschmelzen.

Bildung als fachübergreifende Aufgabe wird angesichts der aktuellen Diskussion um die generelle Einführung von Ganztagschulen zu einer brisanten Frage an der Trennlinie von Schule und Jugendhilfe. Eine solche Entwicklung würde einerseits die zeitliche Verfügbarkeit der Kinder und Jugendlichen extrem einschränken und damit das Zeitbudget für außerschulische Bildungsangebote der Jugendhilfe verringern, andererseits würden angesichts der zunehmenden Lern-, Verhaltens- und Motivationsprobleme der SchülerInnen, die die Schule in ihrer derzeitigen Verfassung (mit-)produziert, durch den ganztägigen Verbleib der Kinder und Jugendlichen in der Schule neue Probleme entstehen, die der Jugendhilfe als Problemlöser und weniger als allgemeine Sozialisationsagentur zuwachsen würden. Die derzeit gepflegte Schulsozialarbeit als Lösungsangebot von Seiten der Jugendhilfe würde sich fachlich neu positionieren und ganz sicher neue Aufgaben übernehmen müssen.

Dieses Beispiel zeigt, dass eine Schulleitplanung durch die Schulverwaltung im Sinne einer systemischen reziproken Beziehung planerische Reaktionen und Erfordernisse auf Seiten der Jugendhilfe erzeugt.

Probleme einer Integration der einzelnen Fachplanungen entstehen nicht nur durch Ämteregoismus, sondern auch auf der fachlichen Planungsebene. Während Jugendhilfeplanung von ihrer Zielsetzung her eine qualitative Angebotsplanung ist, ist Schul-

entwicklungsplanung eine quantitative Raum-Platz-Personal-Planung auf der Grundlage demographischer Prognosen.

Aus Erfahrungen lernen: Modelle praktischer Zusammenarbeit über Ämter- und Trägergrenzen hinweg als Vorbild für eine integrierte sozialraumbezogene Planung

In diesem Zusammenhang wäre zuerst das Case- oder Fallmanagement zu nennen: Dies gilt als eine Methode, die sich vordringlich mit der praktischen Lösung materieller und psycho-sozialer Probleme in problematischen Einzelfällen mittels Erschließen aller notwendigen auch ämter- und trägerübergreifenden Hilfequellen einerseits sowie Selbstbefähigung der Klienten andererseits befasst.

Planung kann vom Casemanagement insofern lernen, als sie dessen Lösungsprinzip umkehrt in ein Planungsprinzip, indem für Kinder und Jugendliche als Zielgruppe aus dem sozialräumlich präzisen Wissen über deren Bedürfnisse und Defizite die notwendigen Angebote und Unterstützungen antizipiert werden. Im Ergebnis heißt das die Zusammenschau aller vor Ort vorhandenen Anbieter mit ihren derzeitigen und künftig möglichen Angeboten und Unterstützungsressourcen für die eigene Adressatengruppe. Dies ist bisher allzu oft am Egoismus und an der bürokratischen Trennung von zuständigen Fachämtern/-verwaltungen und Trägern gescheitert.

Ein weiteres Lernfeld bietet die Jugendsozialarbeit und deren Tradition der Praktizierung von Kooperation durch Bildung von „Verbundsystemen“. Auslöser waren Erfahrungen in der Praxis, dass Jugendsozialarbeit als Leistungsfeld der Jugendhilfe allein auf sich gestellt nur wenig zustande bringen konnte, und auch die Kooperation mit der Arbeitsverwaltung zur beruflichen Integration benachteiligter Jugendlicher und zur Bekämpfung der Ausbildungs- und Berufsnot junger Menschen in einer Region nicht ausreichten. Als wichtig wurde erkannt, dass alle diejenigen Kräfte einer Region in Kooperationsgremien zusammengebracht werden, die in der Lage sind, einen Beitrag zur Bewältigung des Problems zu leisten.

Neben der öffentlichen und freien Jugendhilfe und der Arbeitsverwaltung waren dies:

- andere Ämter wie Sozialämter, Ämter für Wirtschaftsförderung, Schulämter und Schulen,
- Arbeitgeberinstitutionen wie Kammern und Regionalausschüsse,

- Gewerkschaften insbesondere die Gewerkschaftsjugend,
- Kirchen und Wohlfahrtsverbände,
- Jugendverbände,
- Träger der beruflichen Bildung,
- Bewährungs-/Jugendgerichtshilfe und
- Beratungsstellen.

Alle diese Institutionen und Personen müssen an einen Tisch gebracht werden. Allerdings gelingt die Integration der beteiligten Einrichtungen und Dienste nicht auf der Grundlage einer „von oben“ geplanten Zusammenarbeit, vielmehr zeigen die Erfahrungen, dass vor Ort die Initiative durch motivierte Personen ergriffen werden muss. Die Koordinierung dieser Zusammenarbeit sollte möglichst ein Träger übernehmen, der nicht selber Angebotsträger ist und dessen Handeln deshalb nicht von eigenen Interessen bestimmt ist.

Im Prinzip muss von einem solchen **institutionalisierten Gremium mit dem Themenschwerpunkt Bildung**, wie immer es auch genannt wird (Arbeitsgruppe, Arbeitsgemeinschaft, Arbeitskreis, Runder Tisch Bildung) die Initiative und Aktivität der Planungsarbeit ausgehen. Ansatzpunkte für analoge Vorgehensweisen in der Planung außerschulischer Bildungsangebote liefern Stadtteil-/ Sozialraumkonferenzen, an denen bereits häufig TeilnehmerInnen aus anderen Handlungsfeldern wie LehrerInnen aus unterschiedlichen Schultypen anzutreffen sind. Dies geschieht zur Zeit allerdings noch eher aus persönlichem Antrieb als aus institutionellem Auftrag. Zu den Aufgaben solcher Gremien, deren Ziel die Partizipation aller für das Gebiet zuständigen Fachkräfte und interessierten BewohnerInnen ist, gehören die Erstellung und Diskussion von:

- Sozialraumanalyse mit einer Bestandsaufnahme des Problems „Bildung und Bildungsdefizite“,
- Bedarfsfeststellung und
- konkrete Maßnahmenplanung und Arbeitsteilung nach Bildungsbereichen.

Aber auch in einem Verbundsystem, in dem Analyse, Planung und Ausführung zusammengeführt sind, wird sich Konkurrenz, zumal unter den derzeitigen finanziellen Rahmenbedingungen der Kommunen, nicht in Wohlgefallen auflösen.

Beispiele für gelungene Verbundsysteme zum Problemfeld berufliche Bildung etwa in Trier und Düsseldorf liefern den Nachweis, dass es keine vernünftige Alternative zu einem solchen integrierten Handeln vor Ort gibt. Allerdings weisen Erfahrungen darauf hin, „dass Partizipationsprozesse und die

Ermittlung und Umsetzungsformen von Gemeinschaftszielen/ -projekten/ -aktionen durch eine zu frühe Suche nach einem Konsens bzw. durch eine frühe rigide Konsensregel blockiert werden“ (Brocke 2002, S. 8).

In der bereits erwähnten Untersuchung des DJI wurden die Jugendämter auch gefragt, welche anderen Stellen in der Kommune oder von außerhalb die Jugendhilfeplaner unterstützt bzw. fachlich beraten haben (van Santen u.a. 2003, S. 404). Aus den Antworten ergibt sich, dass solche beratende Unterstützung in der Jugendhilfeplanung von 89 % der befragten Jugendämter angegeben wird, davon:

- Austausch in der Region → 79 %,
- durch MitarbeiterInnen des Landesjugendamtes → 71 % und
- durch andere Ämter → 52 %.

Damit geschieht eine planerische Kooperation mit anderen Ämtern in weniger als der Hälfte aller Kommunen und Kreise. Über die Intensität und den Umfang der Zusammenarbeit ist dabei noch nichts ausgesagt. Wir stehen demnach im Hinblick auf die notwendige Integration der kommunalen Planungen noch am Anfang.

Resümee

Bildung und insbesondere Bildungsbenachteiligung als „Querschnittsmerkmale“ von Personen, die in jeweils unterschiedlicher Weise die einzelnen kommunalen Fachplanungen tangieren, verlangen aus der Sache heraus deren Integration. Dabei dürfen Dezernats- oder Ämtergrenzen und –egoismen in Zukunft keine Rolle mehr spielen. Im Mittelpunkt sowohl der Praxis, ob in Schule oder Jugendhilfe, als auch in der Planung steht der einzelne Mensch und seine Bedürfnisse einer gerechten Teilhabe an den Bildungsressourcen unserer Gesellschaft. Nach der Entdeckung der Bildungskatastrophe durch Picht in den 60er Jahren hat die PISA-Studie die Bildungsdiskussion wieder angestoßen, aber bisher vor allem die Schule ins Visier genommen. Jugendhilfe darf sich auf die Rolle als lediglich kompensatorische Bildungsagentur und als Auffangbecken für die „SchulversagerInnen“ nicht mehr einlassen, sondern muss sich über den Weg einer integrierten „sozialraumbezogenen“ Bildungsstrategie und deren Planung und Umsetzung wieder verstärkt ihrer allgemeinen sozialisatorischen Aufgaben zuwenden und die dazu notwendigen Ressourcen offensiver als bisher von der Gesellschaft einfordern. Denn Schule schafft es, siehe PISA, nicht allein.

Literatur

BUNDESMINISTERIUM FÜR BILDUNG UND FORSCHUNG (Hg.) (1999): Jugendliche ohne Berufsausbildung. Eine BiBB/EMNID-Untersuchung. Bonn

BROCKE, H. (2002): Soziale Arbeit als Koproduktion. 10 Empfehlungen zur Nachhaltigkeit kommunaler Strategien sozial(räumlich)er Integration. Berlin 2002, www.eundc.de

DEUTSCHER VEREIN FÜR ÖFFENTLICHE UND PRIVATE FÜRSORGE (Hg.) (1986): Handbuch der örtlichen Sozialplanung. Frankfurt am Main

DEUTSCHES INSTITUT FÜR URBANISTIK (Hg.) (1978): Planung in der Jugendhilfe. Berlin

JORDAN, E./ SCHONE, R. (Hg.) (1998): Handbuch Jugendhilfeplanung. Münster

LUKAS, H./ KRIETER, U./ LUKAS, V. (2000): Scheitern an der ersten Schwelle und die Rolle familiärer Armut. In: Hock, B./ Holz, G. (Hg.): „Erfolg oder Scheitern? Arme und benachteiligte Jugendliche auf dem Weg ins Berufsleben. Frankfurt am Main, S.15-74

PRÜß, K.-P./ TSCHOEPE, A. (1974): Planung und Sozialplanung. Weinheim und Basel

VAN SANTEN, E. u.a. (2003): Kinder- und Jugendhilfe in Bewegung – Aktion oder Reaktion? Eine empirische Analyse. München

Kontakt:

Fachhochschule Erfurt
Fachbereich Sozialwesen
Prof. Dr. Helmut Lukas
Altonaer Str. 25, 99085 Erfurt
Telefon 0361/67 00-548
eMail lukas@soz.fh-erfurt.de
Internet www.fh-erfurt.de/soz

Programm

5. Fachkonferenz Ost – Der spezifische Bildungsauftrag von Jugendhilfe bei der Arbeit mit benachteiligten jungen Menschen in Quartieren mit besonderem Entwicklungsbedarf

27. Juni 2003 in Erfurt

Veranstalter: ISS Jena, Landesbüro Thüringen / Sachsen-Anhalt

Ort: Augustiner Kloster in Erfurt

- 9.30 Anreise und Stehkafee
- 10.00 **Begrüßung**
Hans-Georg Weigel, Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V.,
Frankfurt / Jena
- 10.10 **Einführung in die Tagung und Aktuelles aus dem Programm E&C**
Hartmut Brocke, Stiftung SPI, Berlin
- 10.20 Einführungsvortrag und Diskussionsforum
Der außerschulische Bildungsauftrag der Jugendhilfe:
Formen sozialen Lernens im öffentlichen Raum
Prof. Dr. Mechthild Wolff, Fachhochschule Landshut
- 11.20 bis 13.15 Workshops (Kaffeepause individuell in den Arbeitsgruppen)
- Workshop 1 – Von der Schule in den Beruf – Vom Quartier in die Welt und zurück?
 ■ **Strategien der Kompetenzvermittlung bei benachteiligten Jugendlichen**
 Michael Backhaus, Jugendberufshilfe Thüringen e.V., Erfurt
- Workshop 2 – Bildungsanregungen im öffentlichen Raum schaffen
 ■ **Zivilcourage-Pirna – eine Jugendinitiative gegen Rechtsextremismus und
 Fremdenfeindlichkeit stellt sich vor**
 Sarah Ulbig / Jan Buruck, Aktion Zivilcourage, Pirna
- Workshop 3 – Peergroups wahrnehmen und einbeziehen – Beteiligung der „Schwierigen“
 ■ **Keimzeit – ein soziales Kompetenztraining für Jugendliche**
 Gianna Hennig, Drudel11 e.V., Jena
- 13.15 bis 14.15 Mittagspause in der Tagungsstätte
- 14.15 **Plenum – Ergebnisse aus den Workshops**
- 14.35 **Kurzinformation zur BAG Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit**
Jan Zychlinski, BAG Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit
- 14.45 Vortrag
Der Bildungsauftrag der Kinder- und Jugendhilfe in der Jugendhilfeplanung – **Regionale Strategien zur Umsetzung außerschulischer Bildungsarbeit für Benachteiligte auf der Grundlage integrierter Planungsansätze**
Prof. Dr. Helmut Lukas, Fachhochschule Erfurt
- 16.00 Ende der Fachkonferenz

Teilnehmerinnen und Teilnehmer der 5. Fachkonferenz Ost am 27. Juni 2003 in Erfurt

Name	Institution	Anschrift	Telefon
Albani, Ute	Stadtverwaltung Glauchau	Markt 1 08371 Glauchau	03763 / 65423
Ardalan, Kamran	Stadtplanungsamt Magdeburg	An der Steinkuhle 6 39128 Magdeburg	0391 / 5405325
Backhaus, Michael	Jugendberufshilfe Thüringen e. V.	Linderbacher Weg 30 99099 Erfurt	0361 / 4229010
Batz, Galina	Berufliches Bildungszentrum Gera	Gemeindeweg 4 07546 Gera	0365 / 411135
Bech, Clemens	Kath. Jugendsozialarbeit ZB	Karl-Heine-Str. 110 04229 Leipzig	0341 / 8781838
Buruck, Jan	Aktion Zivilcourage	Postfach 100228 01782 Pirna	03501 / 460880
Brocke, Hartmut	Stiftung SPI	Müllerstr. 74 13349 Berlin	030 / 459793-0
Eichler, Heike	Jugendclub „CM“	Fritz-Gießner-Str. 07552 Gera	0365 / 4206721
Elbel, Günther	Kompetenz-Agentur Cottbus	Heinrich-Mann-Str. 12 03050 Cottbus	0355 / 486690
Elis, Petra	Stadtteilbüro Programm „Soziale Stadt“ Erfurt	Magdeburger Allee 22 99086 Erfurt	0361 / 5507450
Frankenberg, Andrea	ISS-Landesbüro Thüringen / Sachsen-Anhalt	Thomas-Mann-Str. 13° 07743 Jena	03641 / 421847
Groß, Dirk	Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V.	Am Stockborn 5-7 60439 Frankfurt	069 / 95789-159
Grothe, Beatrix	IB-Verbund Brandenburg	Heinrich-Mann-Allee 103 14473 Potsdam	0331 / 8882299
Hasenfuß, Manuela	SPI Soziale Stadt u. Land Entwicklungsgesellschaft mbh, QM Magdeburg	Hermann-Bruse-Platz 2 39128 Magdeburg	0391 / 2587878
Henckel, Hansjörg	Jugend in Arbeit Dresden e. V.	Mügelner Str. 40 01237 Dresden	0351 / 2802568
Hennig, Gianna	Drudel11 e. V.	Friedrich-Wolf-Str. 2 07743 Jena	03641 / 356563
Heppner, Claudia	WEQUA GmbH	Hüttenstr. 1 01979 Lauchhammer	03542 / 85462
Hering, Claudia	Ausbildungsgemeinschaft Neubrandenburg e. V.	Feldstr. 3 17033 Neubrandenburg	0395 / 5581-313
Hintze, Ute	WEQUA GmbH	Hüttenstr. 1 01979 Lauchhammer	035434 / 600-31
Hinze, Gudrun	Stadtverwaltung Neuruppin	Karl-Liebknecht-Str. 33 16816 Neuruppin	03391 / 355668
Hönemann, Kerstin	Arbeit und Leben, LAG für politische Bildung Thüringen e. V.	Windthorststr. 43a 99096 Erfurt	0361 / 5657350

Jahn, Michael	Drudel11 e. V.	Friedrich-Wolf-Str. 2 07743 Jena	03641 / 356563
Joachimsthaler, Heike	AWO, Kreisverband Halle e. V.	Zerbster Str. 14 06124 Halle	03451 / 6916416
Kiel, Martina	Starthilfe Sondershausen e. V.	Planplatz 04 99706 Sondershausen	03632 / 544612
Klemm, Antje	Stiftung SPI, Regiestelle E&C	Nazarethkirchstraße 51 13347 Berlin	030 / 45798620
Knauß, Eva-Maria	Landesjugendamt Thüringen	Linderbacher Weg 30 99099 Erfurt	0361 / 3788402
Kristen, Angela	Bildungswerk der Sächs. Wirtschaft Leipzig	Gutenbergstr. 10 04317 Leipzig	0341 / 4463512
Kunze, Kati	Stadtverwaltung Glauchau	Markt 1 08371 Glauchau	03763 / 65423
Lemme, Agnes	BBJ Consult AG, NL Potsdam	Benzstr. 11-12 14482 Potsdam	0331 / 7477142
Lukas, Helmut, Prof. Dr.	Fachhochschule Erfurt FB Sozialwesen	Altonaer Str. 25 99085 Erfurt	0361 / 6700-548
Makrinus, Uwe	Stadtverwaltung Sondershausen	Markt 07 99706 Sondershausen	03632 / 622177
Mölders, Martin	IB-Verbund Thüringen-West	Badeweg 7a 99947 Bad Langensalza	03603 / 8190
Naumann, Klaus	Arbeiterwohlfahrt, Kreisverband Bautzen	Äußere Lauenstr. 23 02625 Bautzen	03591 / 326110
Pfendt, Bernd, Dr.	Arbeit und Leben	Knorrstr. 12 04139 Leipzig	0341 / 6514921
Pietsch, Joachim	Landkreis Wernigerode	Rudolf-Breitscheid-Str. 10 38855 Wernigerode	03943 / 580
Plass, Horst	Landesjugendamt Thüringen	Linderbacher Weg 30 99099 Erfurt	0361 / 3788410
Rabe, Maik	Ausbildungsgemeinschaft Neubrandenburg e. V.	Feldstr. 3 17033 Neubrandenburg	0395 / 5581-294
Riesling-Schärfe, Heike, Dr.	Stiftung SPI, Regiestelle E&C	Nazarethkirchstraße 51 13347 Berlin	030 / 45798620
Rohrbeck, Cornelia	Landkreis Wittenberg, Jugendamt	Breitscheidstr. 3 06886 Wittenberg	03491 / 454414
Rudolph, Anke	Stadtverwaltung Cottbus Jugendamt	Karl-Marx-Str. 67 03046 Cottbus	0355 / 6123526
Schnittger, Angela	ISS-Landesbüro Thüringen / Sachsen-Anhalt	Thomas-Mann-Str. 13a 07743 Jena	03641 / 421847
Schulze, Michael		Magdeburger Allee 22 99089 Erfurt	
Schwabe, Reinhard	Stadtverwaltung Jena Jugendamt	Gerbergasse 18 07743 Jena	03641 / 492730
Strödter, Karin	Stadtverwaltung Sondershausen	Markt 07 99706 Sondershausen	03632 / 622170
Sumpf, Manfred	IB Bildungszentrum Ebersbach	Spredorferstr. 7 02730 Ebersbach	

Thimm, Iris	Landkreis Wittenberg, Jugendamt	Breitscheidstr. 3 06886 Wittenberg	03491 / 454471
Tröster, Beate	IB-Netzwerk für Integration Erfurt	Klingenthaler Weg 20 99085 Erfurt	0361 / 6431535
Tscharntke, Kerstin	Stadtverwaltung Gera Jugendamt	Gagarinstr. 68 07545 Gera	0365 / 8382461
Tschirlei, Beate	Berufliches Bildungszentrum Gera	Gemeindeweg 4 07546 Gera	0365 / 411135
Ulbig, Sarah	Aktion Zivilcourage	Postfach 100228 01782 Pirna	03501 / 460880
Urban, Sabine	DRK-Landesverband Sachsen- Anhalt e. V.	Rudolf-Breitscheid Str.6 06110 Halle	0345 / 5008552
Weigel, Hans-Georg	Institut für Sozialarbeit und Sozial- pädagogik e.V.	Am Stockborn 5-7 60439 Frankfurt	069 / 95789-0
Wolff, Mechthild, Prof. Dr.	Fachhochschule Landshut FB Soziale Arbeit	Am Lurzenhof 1 84036 Landshut	0871 / 506435
Zschinzsch, Karl-Heinz	Landratsamt Bitterfeld	Mittelstr. 20 06749 Bitterfeld	03493 / 341-690
Zucht, Olaf, Dr.	Thüringer Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit	Werner-Seelenbinder-Str. 6 99012 Erfurt	0361 / 37900
Zychlinski, Jan	BAG Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit / QM Leipzig-Grünau	Brackestr. 38 04207 Leipzig	0341 / 2256483